

## Aus dem Abgeordnetenhaus.

Wenn ich in meinem ersten Briefe die Besorgnis nicht ganz verhehlen konnte, daß es einem Theile der liberalen Mehrheit des Abgeordnetenhauses in einzelnen Fragen an der unumgänglich nöthigen Energie fehlen möchte; so ist seit der Einbringung der Militärvorlage auch der leiseste Grund für diese Besorgnis geschwunden. Die am Dienstag vollzogenen Wahlen der zur Militär-Commission bestimmten Mitglieder haben den erfrischten, gekräftigten Geist des Hauses documentirt. Durch die Zusammenfassung der Commission ist gleichzeitig über die Behandlung der Militärvorlage in der Commission, wie im Plenum entschieden worden; die Vorlage wird einfach abgelehnt, nicht aber amendirt werden. Dagegen würde selbst die entschiedenste Seite der Fortschrittspartei nichts gegen eine Resolution einzuwenden haben, durch welche die Bedingungen einer Ausgleichung in der Militärfrage festgestellt werden.

Wie in der Presse, so waren auch unter den Abgeordneten differirende Meinungen über das, betreffs der Militärvorlage einzuschlagende Verfahren laut geworden. Die Novelle zu amendiren, ist ein Ding der Unmöglichkeit, da sie nur über die Dienstzeit handelt, also keinen Anknüpfungspunkt bietet, die Forderungen des Hauses betreffs der Aushebungsziffer, der Friedensstärke, der Stellung der Landwehr und einzelner Zweige der Militärverwaltung aufzustellen. Amendiren hätte demnach soviel heißen, wie Ausarbeitung eines vollständig neuen Militärgesetzes. Wenn nun auch die dazu erforderlichen Kräfte dem Hause in reichem Maße zu Gebote stehen, so fehlt denselben doch das unumgänglich nöthige Material für ihre Arbeit; und von der Regierung ist, wie die Erfahrung früherer Sessionen lehrt, dieses Material nicht zu erlangen. — Auch würde das Haus damit in einen schon überwundenen Fehler zurückfallen, nämlich in allen möglichen Richtungen die Initiative zu ergreifen und so gewissermaßen die der Verwaltung obliegenden Arbeiten auf seine Schultern zu nehmen. Das Recht der Initiative darf vom Hause nur in seltenen Fällen geltend gemacht werden. Wenn es in den letzten vier Jahren häufig angewandt wurde, so hatte die in der Abneigung vor der ewigen Negation seine Ursache. Aber diese Negation ist bei weitem kein so großes Uebel, als die Ausarbeitung, Verabschiedung und Annahme von Gesetzentwürfen, deren Verwerfung durch die Regierung und das Herrenhaus im Voraus feststeht. Die technischen Vorarbeiten für die Gesetzgebung sind Sache der Ministerien; das Haus der Abgeordneten kann höchstens die leitenden Grundzüge für diese Arbeiten angeben. Das geschieht am besten durch Resolutionen, in denen die Concessionen wie die Forderungen des Hauses niedergelegt werden. Will die Regierung wirklich einen Ausgleich, dann sind ihr in den Resolutionen die Grundlagen eines neuen Gesetzentwurfes geboten.

Die Vertheidiger des Amendirens beriefen sich vornehmlich auf die Stimmung im Lande, welche nach Beilegung des Conflictes verlange. Sei auch die Annahme des von der Commission ausgearbeiteten Militärgesetzes durch die Regierung nicht zu erwarten, so müsse doch das Haus zeigen, daß es keinen, zur Veröhnung führenden Schritt vernachlässigt habe; die bloße Ablehnung des von der Regierung eingebrachten Entwurfes aber könnte zu dem Mißverständnisse führen, als sei das Haus der Ausgleichung abgeneigt. — Dem gegenüber wurde eingewandt, daß man sich unmöglich im Volke über die Lage unserer inneren Angelegenheiten einer Täuschung hingeben könne; gerade die Militärvorlage müsse auch die letzte Illusion zerstört haben, als sei in dieser Session ein Ausgleich möglich, der nicht die höchsten Rechte des Hauses zum Opfer brächte. Hätte aber wirklich im Volke eine Ermüdung Raum gewonnen, so träte an die Volksvertretung die Pflicht, dieser Strömung entgegen zu arbeiten, nicht sie zu verstärken; wären wirklich noch falsche Anschauungen über den voraussichtlichen Verlauf unserer Verfassungsgeschichte verbreitet, so müsse das Haus durch seine Beschlüsse und Debatten in die Situation Klarheit bringen. Nichts sei schädlicher in der Politik, als Illusion; Schäden würden nicht geheilt dadurch, daß man sie verheimliche, sondern nur wenn man sie bloßlege.

Daß letztere Ansicht die Oberhand behalten hat, wird vielleicht in einzelnen, wenn auch kleinen Kreisen einer mißgünstigen Beurtheilung unterzogen werden. Je länger der Conflict andauert, desto lebhafter wird das Verlangen nach Veröhnung. Dieses Verlangen ist beim Beginn dieser Session besonders laut geworden, und die milde Form einzelner Regierungsakte war wohl geeignet, die Erfüllung des Herzenswunsches der Nation wenigstens sanguinischen Gemüthern als möglich erscheinen zu lassen. Der nächtliche Verstand hat sich freilich niemals dieser Täuschung hingegen. Aber es liegt einmal in der menschlichen Natur, sich an liebgeordnete Illusionen mit aller Kraft der Seele festzuklammern; es mögen deshalb Viele einen Beschluß mißbilligen, welcher ihre Hoffnungen als vergebliche erscheinen läßt. Dennoch war dieser Beschluß unumgänglich notwendig, um einer schwächlichen Stimmung ein Ende zu machen, die mit der Zeit den Arm des Volkes lähmen mußte, bis das Schwert, unser Recht, der kraftlosen Hand entfallen wäre. Wir müssen uns klar machen, daß mit einem Ausgleich in der Militärfrage für das Land gar nichts, für die Regierung Alles gewonnen ist; und daß die Bedingungen der Ausgleichung für das Abgeordnetenhaus niemals ungünstiger, für das Ministerium niemals glänzender sein können, als im gegenwärtigen Augenblicke.

Daran zweifelt wohl Niemand, daß jetzt ein Ausgleich in der Militärfrage nur möglich ist, wenn das Abgeordnetenhaus die Vorlage der Regierung im Großen und Ganzen annimmt, also die siebenjährige Dienstzeit im stehenden Heere genehmigt und der Regierung freie Hand bei der Aushebung und der Festsetzung der Friedensstärke läßt. Würde das Haus verfahren, so übernehme es die Pflicht, die zur Durchführung der Regierungsvorlage erforderlichen Gelder zu bewilligen, also den Militäretat binnen wenigen Jahren zur Höhe von 46 bis 50 Millionen zu genehmigen. Und für diese ungeheuren Opfer, welches wäre der Gewinn? Das Budgetrecht des Hauses wird nur mit Vorbehalten anerkannt, die es illusorisch machen; die Regierung könnte also jedes Jahr, jeden Tag neue Institutionen schaffen und die Steuerkräfte des Volkes in geometrischen Progressionen anspannen — und dem Lande bliebe kein Mittel, sich dagegen zu schützen. Vielmehr würde der traurige Ausgang des gegenwärtigen Budgetkampfes unsere Nachfolger vor dem Eintritte in einen neuen Kampf absprechen und

sie im Voraus zur Unterwerfung reif machen. Selbst vorausgesetzt, die Regierung begnüge sich mit diesem einen Siege, sie wolle jedem Conflict mit der Volksvertretung sorgsam aus dem Wege gehen; so würde doch der Ausgleich in der Militärfrage dem Volke nicht den geringsten Vortheil bringen. Unsere Steuern würden nicht geringer, unsere Gewerbe, unser Handel würden nicht reicher emporblühen, vor Allem: die organische Gesetzgebung würde nach wie vor stocken, unsere städtische Selbstverwaltung würde auch ferner bedroht, die Presse nicht freier sein denn jetzt, das Vereinsleben nicht mehr geschützt als heute. Denn jede von liberaler Seite als dringend erkannte Reform muß an dem Widerstande des Herrenhauses scheitern; und daß an der Zusammenfassung des letzteren nicht das geringste geändert werden soll, hat Hr. v. Bismarck wiederholt feierlichst erklärt. Der Ausbau der Verfassung, der unter einem, fast drei Jahre lang regierenden liberalen Ministerium nicht durchführbar war, ist undenkbar unter dem jetzigen Cabinet. Der einzige Fortschritt, der dem preussischen Volke aus der Nachgebildetheit seines Abgeordnetenhauses in der Militärfrage erwachsen würde, wäre ein Fortschritt in der Besteuerung. Die jetzigen Zustände sind wahrlich keine goldenen, aber die Opposition der Mehrheit der Volksvertretung bewirkt doch, daß die Steigerung des Etats nur Schrittweise versucht wird. Begiebt sich das Haus seiner stärksten Waffe, unterwirft es sich in der Frage, welche alle Kreise des Volkes berührt, vom höchsten bis zum untersten, welche die ideellen und materiellen Interessen gleichzeitig umfaßt; so öffnet es die Thür, durch welche eine Jahrzehnte währende Reaction unaufhaltsam hereinbringt.

Und ein anderer Umstand ist es, der gerade im jetzigen Augenblicke die Unterwerfung in der Reorganisationsfrage bedenklich macht. Der Streit, welcher um die Militärgesetzgebung ausgekämpft wird, ist am wenigsten ein Disput um eine technische oder finanzielle Frage. Beide Rücksichten sind außerordentlich wichtig, sie treten aber in den Hintergrund gegen andere.

Der Streit um das Heerwesen ist nicht nur Ursache, sondern auch Gelegenheit zu dem großen Kampfe, der in allen Ländern Europa's entbrannt ist und in vielen noch heute fortdauert. Nachter Absolutismus ist, wenigstens in West- und Mitteleuropa, heute ein Ding der Unmöglichkeit; die eingeführten Verfassungen übertragen einen Theil der früher den Regierungen zustehenden Macht auf das Volk und dessen Abgeordnete. Selbstredend, daß die leitenden Personen bemüht sind, unter Bewahrung der constitutionellen Formen ihre alte Macht auszuüben. Bien sot qui s'en étouffe, bien faible qui s'y soumet, sagte Thiers in Bezug auf dieses Bestreben. Daß mit der Zeit auch diese Pfäfe des Constitutionalismus vorübergehen wird, lehrt die Erfahrung; aber im Augenblicke, wo kriegerische und diplomatische Erfolge das Selbstbewußtsein und Kraftgefühl der Regierung heben, wo letztere durch reichliches Zufließen der Staatseinnahmen unabhängig vom Abgeordnetenhaus gestellt ist, und wo sie 3 Jahre lang wider den Willen des Hauses ihre Pläne mit Erfolg durchgeführt hat; in diesem Augenblicke ist sie selbstredend nicht zu den Concessionen geneigt, die wir im Interesse des Volkes und des Staates fordern müssen. Zwischen dem Rechte und einer Macht, welche dieses Recht bestreitet, ist nur dann ein dauernder Ausgleich möglich, wenn das Recht zur Macht wird; erst wenn die Verhältnisse sich derart gestalten, daß die Regierung der Unterstüßung des Abgeordnetenhauses bedarf, dann ist die Zeit zu einem ehrenvollen Frieden gekommen.

Diese Zeit ist nicht so fern, als es Kleingläubigen scheinen möchte. In der schleswig-holsteinischen Frage hat die Regierung sich einen Ausgangspunkt für die weitreichenden Pläne geschaffen; je günstiger sich der erste Erfolg gestalten wird, desto größer wird das Verlangen zu neuen Erfolgen werden. Sie zu erringen, dazu reicht nicht die Zustimmung der Païrschammer aus, mit der man keine Anleihen schafft; dazu bedarf es des Volkes. — Je mehr ferner die Regierung auf dem von ihr in der inneren Politik eingeschlagenen Wege fortschreitet, desto schwieriger wird es ihr, das Gros der conservativen Partei um ihre Fahne zu schaaren. Cäsarismus und Feudalismus, Rundschau und Bismarck sind ärgere Gegensätze, als Reaction und Fortschritt. Der Rundschau selbst läßt keinen Zweifel, daß der Bruch schon eingetreten ist. Freilich klammert sich die Feudalpartei noch fest an die Regierung, weil sie in dieser ihre einzige Stütze findet; aber es giebt doch eine Grenze, über welche hinaus sie nicht dem Ministerium folgen kann. Die Schwierigkeiten der Regierung mehren sich mit jedem Schritte, und daß man im Ministerium wenigstens eine Ahnung davon hat, leuchtet aus einzelnen officiellen Zeitungen, wie aus der abgelesenen Rede des Minister heraus. Halten wir fest, so haben wir gewonnen.

Der Aufschwung unserer materiellen Interessen hat die große Mehrheit der Wähler von jedem Einflusse von oben emancipirt, so daß wir noch lange Jahre hindurch, selbst unter den ungünstigsten Verhältnissen auf liberale Wahlen dürfen. Das Abgeordnetenhaus wird vom Volke nicht eher verlassen werden, bis es sich selbst verläßt; nicht früher, aber auch nicht später.

## Breslau, 16. Februar.

Die Spannung, mit welcher die kaiserliche Thronrede in Frankreich erwartet wurde, ist nun gelöst. Indem wir uns vorbehalten, auf dieselbe noch näher zurückzukommen, bemerken wir hier schon, daß die Meisterschaft, mit welcher der Kaiser auch in ihr wieder die schwierigsten Punkte theils zu verschweigen, theils durch geschickte Gruppierung in ein vortheilhaftes Licht, als sie an sich haben können, zu stellen verstand, die Bewunderung verdient, mit der die Rede von den in ihrem Nationalstolz wieder nicht wenig geschmeichelten Franzosen wohl großentheils aufgenommen sein mag. Man muß gestehen, der Kaiser kennt seine Franzosen. In nicht weniger als vier Erdtheilen — nur Australien fehlt — haben die französischen Heere siegreich gekämpft. Welcher Franzose kann kalt bleiben, wenn er die kaiserlichen Worte liest: „dem Ruhme der französischen Armee für die in Europa, Asien, Afrika und Amerika errungenen Siege!“ Frankreich überall voran auf den Wegen des Sieges und Ruhmes; nur in Schleswig-Holstein hat es „die strikteste Neutralität beobachtet.“ Polen ist nicht erwähnt; doch will man wissen, daß sich der Kaiser auch mit dieser Frage zu beschäftigen nicht aufgehört habe.

Von großer Bedeutung und wahrhaft vom Fortschritt zeugend sind die beiden Gesetze, welche die kaiserliche Thronrede verheißt: die prohibitorische Freilassung mit und ohne Caution, und die Aufhebung der Schuldbast. „Nur das Vermögen und nicht der Körper des Schuldners soll für die Schuld haften“ — das ist ein großes Prinzip, mit welchem Frankreich wieder einmal Europa vorangeht.

Während bei uns in diesen Tagen so viel von Staatshilfe die Rede war, ruft der Kaiser, dem auch die Gegner den Ruhm lassen müssen, sich eifrig mit dem Wohle der arbeitenden Klassen beschäftigt zu haben, dem gesetzgebenden Körper zu: „Durch das im verflochtenen Jahre votirte Gesetz über die Coalitionen haben Arbeiter, sowie Arbeitgeber gelernt, ihre Streitigkeiten untereinander auszutragen, ohne auf die jedesmalige Einmischung der Regierung zu zählen, welche ohnmächtig ist, die so wechselvollen Beziehungen zwischen Angebot und Nachfrage zu regeln.“

Die Debatte über das Coalitionsrecht ist jetzt in unserem Abgeordnetenhaus geschlossen. Die Gegner werden nicht verfehlen, den Beschluß, durch welchen der Schulze-Faucher'sche Antrag angenommen, und mithin nur die beiden Paragraphen 181 und 182 aufgehoben wurden, mit allerhand hässlichen Seitenbliden auf die liberale und Fortschrittspartei anzugreifen, obwohl es dem aufmerksamen Leser der Verhandlungen nicht entgangen sein wird, daß bei einem andern Modus der Abstimmung der weiter gehende Antrag der Commission angenommen worden wäre. Im Allgemeinen kommt es gar nicht auf die Annahme dieses oder jenes Antrages an, sondern die Hauptsache ist, daß das Abgeordnetenhaus dem Gegenstande selbst durch die dreitägige Debatte eine so hervorragende Wichtigkeit beigelegt hat; die Arbeiterfrage ist in die parlamentarische Arena eingetragen, und weder ein zukünftiges preussisches Ministerium noch Abgeordnetenhaus kann sich ferner dem Versuch der Lösung der Schwierigkeiten, welche die Frage in sich schließt, entziehen. Das ist der Gewinn der dreitägigen Debatte.

Die wiener Post ist heute wieder ausgeblieben.

Ueber die Stimmung in den Herzogthümern erhalten wir heute folgende Correspondenz:

△ Hamburg, 14. Febr. In der schleswig-holsteinischen Angelegenheit scheint plötzlich ein bemerkenswerther und sehr erfreulicher Umschwung eingetreten zu sein. Nicht allein, daß, wie bereits gemeldet, der Erbprinz sich am 9. d. Mts. in Kiel mit angesehenen Männern über die Lage des Landes berathen und bis zu einem gewissen Grade die politische Nothwendigkeit des Anschlusses der Herzogthümer an Preußen nachgewiesen hat, indem er, nach zuverlässigen brieflichen Ueberlieferungen, ausseinerseits, daß das außerpreussische Deutschland keinerlei Anhalt liefere für das schleswig-holsteinische Selbstständigkeitsgefühl, daß ferner Oesterreich daran verhindert sei, um Schleswig-Holsteins willen mit Preußen zu brechen, und daß endlich die Mittelstaaten den beiden deutschen Großmächten gegenüber vollkommen politisch ohnmächtig wären; nein! auch in Rendsburg (s. unten) sind am verwichenen Sonntag angesehene Patrioten aus den verschiedensten Gegenden der Herzogthümer berammelt gewesen, um über die politische Lage des Landes zu berathen, und sie sind dann ebenfalls zu der Anschauung gelangt, daß Schleswig-Holstein niemals ohne den Beistand Preußens vor erneuerter dänischer Vergewaltigung geschützt werden dürfe, sowie daß es in Folge dessen dringend geboten sei, der preussischen Regierung, freilich oder jedoch in Beobachtung des Standpunktes der preussischen Verfassungspartei und demnach in Voraussehung der Einführung freier Verfassungsstände, das erforderliche Entgegenkommen zu erweisen und so den in der jüngeren Zeit besonders entwickelten schleswig-holsteinischen Particularismus nicht bloß an, sondern mit der Wurzel zu beseitigen. Wir unsererseits begrüßen nun den fraglichen politischen Umschwung in Schleswig-Holstein mit um so aufrichtigerer Freude, als einerseits der Erbprinz von Augustenburg die Initiative ergreifen und andererseits die zuerst von dem leider in dem frühen Mannesalter verstorbenen Theodor Lehmann dirigirte s. g. nationale Partei in Schleswig-Holstein, welcher Partei u. A. Graf Ludwig Revenlow (jetzt Oberbeamter der schleswigischen Insel Fehmarn), Advokat Rabe (jetzt Inspektor der Herrschaft Breitenburg) und Advokat Römer (jetzt Redacteur der flensburger „Norddeutschen Zeitung“), also die eigentlichen Urheber der ursprünglichen schleswig-holsteinischen Subjugationsdemonstrationen zu Gunsten des Erbprinzen Friedrich, angehören, sich, sicherem Vernehmen nach, unumwunden für die politische Nothwendigkeit des Anschlusses der Herzogthümer an Preußen entschieden haben.

Außer den oben erwähnten Gesetzentwürfen, welche dem gesetzgebenden Körper Frankreichs in der diesmaligen Session vorgelegt werden, befindet sich darunter der sehr wichtige über die Wahlen der Gemeinderäthe. Das Mandat der Gemeinderäthe dauert nach der bestehenden Gesetzgebung 5 Jahre und die Wahlen finden im ganzen Lande zu gleicher Zeit statt. Nach dem neuen Entwurf soll nun das Mandat auf neun Jahre ausgedehnt und der Gemeinderath zu einem Drittel in dreijährlichen Wahlen erneuert werden. Im liberalen Lager ist man dieser Maßregel nicht sehr günstig, welche allerdings sehr dazu beitragen würde, diesen Körperschaften eine größere Stabilität zu verleihen. Es war sogar davon schon die Rede, diesen Wahlmodus auch auf den gesetzgebenden Körper selbst anzuwenden. Dies dürfte aber jedenfalls ein frommer Wunsch bleiben. — Die „France“ protestirt energisch gegen die vom „Temps“ und noch einigen Oppositionsblättern aufgestellte Ansicht, daß die Majorität bei der jetzigen Verfassung Frankreichs, sofern sie nicht sofort in eine Art Opposition übergehen wolle, nichts Anderes zu thun habe, als die Vorschläge der Regierung einfach zu bestätigen; diese Theorie laufe auf nichts Anderes hinaus, als die Macht des Kaiserreichs zu schwächen, indem man die Autorität des Kaisers übertreibe. Dieser Theorie gemäß wäre das Regierungssystem des Kaisers nichts als eine mildere Art von Absolutismus, der die persönliche Regierung über die Institutionen erhebe und Senat und gesetzgebenden Körper zu einer passiven Rolle verurtheile, indem sie ihnen die Ehre der Unabhängigkeit und Initiative entreiße.

„Wie wäre es zu verkennen“, meint die „France“ schließlich, „welche Gefahr für unsere Institutionen in derartigen Theorien liegt? Wie sollte man nicht einsehen, daß, wenn unsere Gegner Recht haben könnten, die Regierung in einem unaussprechlichen Kreise gleichsam isolirt wäre, der sie von der Bewegung, vom Leben, von der öffentlichen Meinung trennen würde und welcher der Opposition das ganze Gebiet des Fortschrittes und Freiheit, mit einem Worte alle Ausichten auf die Zukunft überlassen würde.“

Daß Rom, wie wir vorausgesetzt haben, es in der Affaire mit dem Nuntius Mgr. Chigi nicht bis zum entschiedenen Bruche mit dem französischen Kaiserreich hat kommen lassen wollen, haben uns Leser bereits aus der telegraphischen Meldung über die, vom Kaiser natürlich mit dem größten Wohlwollen in Empfang genommenen Versicherungen des aufrichtigen Bedauerns entnommen, welche von Sr. Eminenz zu den Füßen des Kaisers schon niedergelegt wurden. Das Kaiserthum ist der Friede; natürlich auch mit dem Clerus, der bisher seinerseits noch nicht Ursache gehabt hat, sich über den Bruch dieses Kaiserworts zu beschweren, auch wenn er gelegentlich einmal daran erinnert wird, daß das Staatsgesetz auch für ihn sei.

Die Verhandlungen des italienischen Parlaments dürften noch einen ziemlich langen Zeitraum in Anspruch nehmen. Nicht weniger als 5500 Gesetzeartikel müßten discutirt werden, wenn dieselben nicht, wie zu hoffen steht

\*) Das ist auch heute noch unsere Ansicht; jedoch geben wir der Ansicht „aus dem Abgeordnetenhaus“ ohne weitere Bemerkungen Raum. Uebrigens, meinen wir, steht auch eine Resolution mit der Neigung des Abgeordnetenhauses zur Veröhnlichkeit nicht im Widerspruch. D. M.



manchmal auch in Bausch und Bogen angenommen wurden. Es handelt sich um den Civil-Code, das Prozeßverfahren, das Gesetz über das geistige Eigentum, das Gesetz über die Expropriation, das Handelsgesetz, Strafgesetz u. s. w. Gewiß ist, daß durch deren Einführung das Land keinen schlechten Tausch machen wird. Für die Aufhebung der Todesstrafe werden natürlich sämtliche toskanischen Mitglieder stimmen, und die Linke wird, von ihnen unterstützt, sich wie der Ausschuß, über dessen Bericht wir uns gestern schon näher erklärt haben, aussprechen; dagegen heißt es, daß der Norden und die Neapolitaner die Regierung unterstützen werden, welche aus der Beibehaltung der Todesstrafe eine Cabinetsfrage macht. — Ueber die Wiederherstellung der guten Beziehungen zwischen dem Könige und seiner früheren Hauptstadt hat der Telegraph schon berichtet. — Was die Encyclica anlangt, so ordnet ein königliches Decret vom 6. d. M. an, daß der Veröffentlichung des darauf bezüglichen Rundschreibens Antonelli's so wie der Encyclica selbst kein Bedenken entgegenstehe, daß aber die Rechte des Staates und der Krone gewahrt und die Sätze, welche gegen die Institutionen und Gesetze des Landes gerichtet wären, als nicht gut geheßen zu betrachten seien. — Aus Neapel lauten die Nachrichten günstig, und das lächerliche Gerücht, daß die bourbonische Partei einen Vertrag mit England auf Grund der Abtretung Siciliens abschließen wolle, verdient erst gar keiner Erwähnung, wenn es nicht als eine Ausgeburt der in diesen Kreisen schon heimisch gewordenen Verzweiflung anzusehen wäre.

In England erwartet man, daß zu dem Blaubuche über die deutschen Angelegenheiten dem Parlamente ein Nachtrag, in einigen früheren Actenstücken bestehend, vorgelegt werden würde. Man meinte, daß derselbe nur Bekanntes enthalten würde: den Wiener Tractat, die Notiz von Bismarck's an Lord Russell, worin Ersterer das Lob der Mäßigkeit für sich in Anspruch nimmt, und die Antwort Lord Russell's. — Bei den (unter „London“ mitgetheilten) Aeußerungen der „Times“ über die Walfische Interpellation kann man sich kaum der Bemerkung verschließen, daß das gute Blatt vergessen zu haben scheint, wie oft es mit freudigem Triumph darauf hingewiesen hat, daß die Kanadier lebhaft mit dem Süden sympathisiren. Während der letzten conferirten Streifzüge gegen den Norden, die von canadischen Boden aus unternommen wurden, hat diese Sympathie sich nicht undeutlich blicken lassen. Ohne solches Vergessen könnte die „Times“ den Argwohn der Amerikaner gegen ihre britischen Nachbarn kaum so ganz unmotiviert finden. Lord Palmerston und Carl Russell haben in ihren Erklärungen diesen Umstand seiner ganzen Wichtigkeit nach anerkannt. — Hinsichtlich des Handelsvertrages zwischen England und Oesterreich meldet die „Times“, daß sich der Vicepräsident des Handelsamtes, Hr. Gutt, unbestätigt nach Wien begeben werde, um mit der österreichischen Regierung über die Bedingungen eines solchen Vertrages zu verhandeln.

Der neueste Act der russischen Regierung gegen Polen — die Eintheilung Polens in russische Gouvernements — hat in der englischen (wie überhaupt in der europäischen) Presse bis jetzt noch wenig Beachtung gefunden. Nur der „Star“ spricht in einem sehr warmgehaltenen Artikel die Ueberzeugung aus, daß auch dieser Act das alte Wort „Finis Poloniae“ noch nicht zum Wahrworte machen werde. Möglich ist es daher, daß doch noch ein oder das andere Parlamentsmitglied die Frage an Lord Palmerston richtet: ob der auf Polen bezügliche Theil des Wiener Vertrages noch fortbesteht?

Zwischen den Mitgliedern des spanischen Cabinets besteht nach einer von Gonzalez Bravo abgegebenen Versicherung die größte Uebereinstimmung. In der letzten Sitzung der Deputirtenkammer legte der Finanzminister Barzanallana dem mit Prüfung des Gesetzentwurfes über die Voraushebung der Steuern betrauten Ausschusse folgende Modificationen vor: Wofür diejenigen Steuerpflichtigen, welche über 60 Reales an Steuern zu entrichten haben, so wie die Beamten, deren Jahresgehalt nicht unter 8000 Reales beträgt, sind zur Vorauszahlung gezwungen. Den Vorauszahlenden wird die eingezahlte Summe mit 8 pCt. verzinst. — Die Encyclica wird in Spanien jetzt nicht allein von den Bischöfen, sondern auch schon von den Pfarrern öffentlich verlesen, obwohl das Gesetz deren Veröffentlichung bekanntlich verbietet. Die Ausgleichung des spanisch-peruanischen Conflicts war nach einer in Hamburg eingetroffenen Privatdepesche aus Lima vom 13. Januar so gut wie gesichert.

Die Nachrichten aus Peru melden, daß der südamerikanische Congress die Sache Peru's aufgegeben hatte, welches diese Frage allein zu lösen haben wird. General Ribanco, der von der Regierung nach den Chincha-Inseln gefandt worden war, um mit den Spaniern zu unterhandeln, hatte den Vorschlag gemacht, die Reclamation einer von beiden Regierungen gebildeten Commission vorzulegen. Admiral Pareja soll darauf verlangt haben, daß als vorläufige Bedingung eine Garantie der Bezahlung der Kosten der spanischen Expedition angenommen werde. Man glaubte, Peru werde diese Bedingung annehmen.

Hinsichtlich Mexicos sagen Berichte aus Habanna vom 21. Januar, die clericale Partei sei so erbozt auf Maximilian, daß sie entschlossen sei, sich wieder Quarez zuzuwenden, welcher der Kirche wenigstens nur ihr Eigen-

thum weggenommen, aber sich nicht bis zur Proclamation von Gewissensfreiheit und Toleranz gegen jeden Religions-Cultus vergewissen habe. Die Clericalen unterstützen bereits Porfirio Diaz mit Leuten und Geld und dieser behauptet sich mit 8000 Mann und (angeblich) 65 Geschützen in Oaxaca. General d'Herbal hat seit seiner Niederlage nichts gegen ihn unternommen und scheint die Ankunft des Marshalls Bajane abwarten zu wollen. — Daß die Friedens-Verhandlungen zwischen der Union und den Südstaaten von Nordamerika als gescheitert anzusehen sind, hat der Telegraph schon gemeldet.

## Preußen.

**Berlin, 15. Febr.** [Amtliches.] Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: Dem Ober-Consistorialrath und Mitgliede des evangelischen Ober-Kirchenrathes Stahn den rothen Adlerorden 3. Klasse mit der Schleife, dem Hauptmann v. Berdy du Bernois vom großen Generalstabe, 3. J. commandirt nach Warschau, und dem Steuer-Einnehmer Hasler zu Neuntischen im Kreise Ostpreußen den rothen Adlerorden 4. Klasse, dem herzoglich anhaltinischen Landesarchivar, Professor Dr. v. Heinemann zu Bernburg, und dem Pianisten und Componisten Wilhelm Kube zu London den königl. Kronenorden 4. Klasse, sowie dem Kreisgerichts-Rathen und Executor Johann Heinrich Böckel zu Verleburg das allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen; den Consistorial-Directoren Nöldeken in Magdeburg, v. Räder in Breslau und Heindorf in Stettin den Charakter als Consistorial-Präsident mit dem Range eines Rathes 2. Klasse beizulegen; sowie die Kreisrichter Michael in Grünberg, Treutler in Pless, Raschel in Lauban und Kosche in Goldberg zu Kreisgerichts-Räthen zu ernennen, und dem Kreisgerichts-Secretär, Kanzlei-Director Liebig in Bunzlau den Charakter als Kanzlei-Rath zu verleihen.

Der Notar van Aerssen in Ritt ist in den Friedens-Gerichts-Bezirk Goch, im Land-Gerichts-Bezirk Cleve, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Goch, versetzt worden.

**Berlin, 15. Febr.** [Se. Maj. der König] ertheilten gestern Nachmittags dem königl. großbritannischen chargé d'affaires in Hamburg, Mr. Ward, eine Audienz, empfingen darauf den Besuch Sr. kais. Hoh. des Erzherzogs Ludwig Victor von Oesterreich, höchstselbst am Morgen aus Dresden eingetroffen war, und machten bald darauf Sr. kais. Hoh. einen Gegenbesuch.

Am Abend erschienen Se. Majestät der König mit Ihrer Majestät der Königin auf dem maskirten Balle im Friedrich-Wilhelmsstädtischen Theater.

Heute nahmen Se. Majestät im Beisein des Commandanten, General-Leutnants v. Alvensleben I., die Meldung des Generalmajors Grafen v. d. Goltz, Commandeurs der 3. Garde-Infanterie-Brigade, und des Majors v. Wulffen des 5. Brandenburgischen Infanterie-Regiments Nr. 48, und sodann den Vortrag des Wirkl. Geh. Ober-Reg.-Raths Costenoble entgegen. — Ihre königl. Majestäten diniren heute bei Sr. k. h. dem Kronprinzen.

[Ihre Maj. die Königin] empfing gestern den Besuch Sr. kais. Hoh. des Erzherzogs Ludwig Victor von Oesterreich.

[Se. k. h. der Kronprinz] wohnte gestern Abend der Vorstellung im Opernhause bei und besuchte demnach den Maskenball im Friedrich-Wilhelmsstädtischen Theater. (St.-A.)

**Berlin, 15. Febr.** [Mittheilungen aus der Prov.-Corresp. — Zum Unterrichtsweisen. — Die Centralturnanstalt. — Hr. v. d. Heydt.] Die neueste Nummer der Provinz.-Corr. bringt einen ausführlichen Artikel über die preussische Flotte und heißt es, daß eine der hauptsächlichsten Pflichten und Sorgen der preussischen Regierung, sowie der Landesvertretung sei, die Wehrkraft unseres Landes durch die Gründung einer Achtung gebietenden Seemacht zu erhöhen. „Um dies aber in jeder Beziehung wirksam zu vermögen und um überhaupt den Einfluß Preußens auf den Seestaaten gegenüber erfolgreich zur Geltung zu bringen, muß unsere Seemacht von vornherein nicht bloß die Kraft zur Verteidigung, sondern auch zum Angriff haben, die Kraft zur Störung des Seehandels der feindlichen Mächte, zum Angriff feindlicher Flotten, Küsten und Häfen. Hieraus ergibt sich, daß eine Seemacht, welche ihrer Aufgabe genügen soll, so stark und so gegliedert sein muß, daß sie mit einem Theile ihrer Kriegsschiffe die Küsten des eigenen Landes zu decken, mit einem anderen Theile den preussischen und deutschen Seehandel in fernen Meeren zu schützen, mit dem stärksten Theile aber die Hauptmacht des Feindes auf offener See angreifen im Stande ist. Freilich kann Preußen mit Rücksicht auf seine Finanzkraft und auf die Stärke seiner seemännischen Bevölkerung nicht etwa eine Marine herstellen wollen, welche jene Aufgaben gegen eine der Seemächte ersten Ranges, wie England, Frankreich, Rußland, zu erfüllen vermöchte; wohl aber wird danach zu trachten sein, daß unsere künftige Kriegsschiffe jene ganze Aufgabe gegenüber Seemächten zweiten oder geringeren Ranges durchzuführen im Stande sei. Vor Allem kommt es darauf an, daß Preußen denjenigen Staaten, deren Küsten ein und dasselbe Meer mit den unsrigen begrenzen und welchen durch ihre Lage erhebliche Vortheile auf diesem Meere in die Hand gegeben sind, fortan auch zur See die Spitze zu bieten

vermöge. Nur in solchem Fall werden die auf die Flotte zu verwendenden Kosten und Opfer wirklich lohnend. Hieraus wird sich der Umfang und die Zusammensetzung der zu gründenden preussischen Seemacht ergeben müssen.“ Dazu würden gehören: Panzerfregatten, schwimmende Panzerbatterien, kleine gepanzerte Fahrzeuge, hölzerne Fregatten und Corvetten, Aviso's, Transportschiffe, Uebungsschiffe und Artillerie-Schulsschiffe. — Bei der mehr oder minder raschen Herstellung einer Kriegsschiff-Flotte, wie sie Preußen braucht, muß aber ferner in Betracht kommen, ob und in welcher Zeit der Bau, die Einrichtung und Befestigung eines Kriegshafens, wie er einer solchen Flotte entspricht, in Aussicht genommen werden kann, da ohne Kriegshafen die Flotte weder im Frieden, noch im Kriege bestehen kann. In dieser Beziehung ist es eine glückliche Fügung, daß Preußen, abgesehen von dem Nordseehafen am Jadebusen und von den bisher zur Gründung eines Kriegshafens an der Elbe in Aussicht genommenen Stellen, in Folge des dänischen Krieges ein Hafen, wie der von Kiel, zur Benutzung steht, welcher allen natürlichen Erfordernissen einer guten Flottenstation genügt und in dem sich die für unsere Marine nothwendigen umfassenden Einrichtungen ohne großen Zeitverlust ausführen lassen. Endlich aber muß der Zeitraum, in welchem die Herstellung der Flotte durchzuführen ist, auch noch davon abhängig gemacht werden, wie bald das Personal für die verschiedenen Dienste auf der Flotte in der künftigen Ausbildung der verschiedenen herangebildet werden kann. Allerdings werden die Zweifel erwähnt, ob das Abgeordnetenhaus, solange der Zwiespalt über das Budgetrecht fortbauere, auch die Ausgaben für die Gründung einer Seemacht bewilligen werde, doch will die Regierung diese Zweifel noch nicht theilen und wird jedenfalls „diese Probe des Patriotismus dem Hause nicht ersparen können.“ Zwei andere Artikel besprechen die Stellung der Fortschrittspartei und die der Regierung zur Arbeiterfrage; dabei wird natürlich auch Lassaue erwähnt, dessen Bestrebungen der Fortschrittspartei gegenüber zwar anerkannt werden, doch aber heißt es von ihm: „Freilich ging sein eigenes politisches Streben in revolutionärer Gewaltthat noch weit über die bisherigen Absichten der Fortschrittspartei hinaus und hätte zu einem völligen Umsturz aller bürgerlichen und gesellschaftlichen Zustände führen müssen.“ Ueber die Absicht der Regierung selbst wird gesagt: „Die Regierung darf besonders nicht dazu beitragen, daß etwa unter den Arbeitern die Täuschung aufkomme, als könne der Staat durch irgend welche gesetzliche Bestimmungen oder durch Verwaltungsanordnungen wirklich allen den Nothständen abhelfen, welche mit den Bedingungen der Arbeit überhaupt und mit dem in der Weltordnung begründeten Unterschied von arm und reich zusammenhängen. Die Regierung würde eine schwere Schuld auf sich laden, wenn sie in dieser Beziehung durch ihre Vorgehen den Arbeiterstand zu unbegründeten Hoffnungen verleite.“ Der Artikel schließt mit den Worten: „Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Mehrheit des Hauses die Anträge der Commission annehmen wird. Aber eben so unzweifelhaft ist, daß wirkliche Früchte für die Arbeiter nicht aus diesem nothgedrungenen und überstürzten Vorgehen der Fortschrittspartei, sondern nur aus den umsichtig und allseitig vorbereiteten Maßnahmen, welche die Regierung angekündigt hat, hervorgehen dürften.“ (A. H. S.!) Eine kleine Notiz bespricht noch die auswärtigen Fragen in folgenden Worten: „Die Verhandlungen über die schleswig-holsteinische Angelegenheit, welche in den letzten Wochen im Wesentlichen einen Stillstand erfahren hatten, dürften nunmehr durch die bald bevorstehende Mittheilung der von Preußen an den künftigen schleswig-holsteinischen Staat unbedingt und unabhängig von der Frage über den künftigen Herrscher zu stellenden Forderungen weiteren Fortgang erhalten. Die preussische Regierung ist mit den Schlussverhandlungen hierüber beschäftigt. Inzwischen dauern die Conferenzen über die Handelsbeziehungen Oesterreichs mit dem Zollverein fort und werden unter allen Umständen zu erheblichen Erleichterungen des Handelsverkehrs führen.“

Das Februarheft des Centralblattes für die gesammte Unterrichtsverwaltung ist soeben erschienen und enthält mehrere sehr interessante Mittheilungen. Zuerst eine Uebersicht über die Provinzialbehörden der Monarchie, welche deshalb erwünscht und interessant ist, weil seit der jüngsten Ausgabe des Staatskalenders gerade in den Unterrichtsbehörden vielfache Veränderungen vorgekommen sind. Sehr wichtig ist auch ein Erlaß des Cultusministers vom 26. November v. J., in welchem derselbe nach vorangegangener Vereinbarung mit dem Justizminister mehrere Zusätze und Abänderungsbestimmungen zu dem Regulativ vom 10. Dezember 1849 bringt. Von jetzt ab soll nämlich bei dem ersten juristischen Examen die Mitwirkung der Universitätslehrer eintreten, eine Bestimmung, welche der Cultusminister den Universitätsrektoren mitgetheilt, und zugleich die Hoffnung ausgesprochen hat, daß die juristischen Facultäten diese Neuerung gern sehen werden. Auch bedarf es fortan für die Candidaten der Rechtswissenschaft nicht mehr des

## Eine „Catilinarische Existenz“.

Roman von Th. König.

Theil II.

Kapitel 8.

(Fortsetzung.)

Wie sich doch Alles ändert! — versetzte Albert in dem früheren Tone — „Einst war ich der Blinde und Sie der Seher, und ich wies Ihre Weissagung mit demselben Worte von mir ab, womit Sie heut meine Enthüllung zurückwies. Und inzwischen hat sich der „Wahnsinn“ erfüllt; das Unerhörte ist geschehen — oder doch wenigstens unvermeidlich. Wir können nur Amen dazu sagen.“

Noch einmal glitt das Wort „Wahnsinn“ über Emil's Lippen.

Albert setzte sich wieder nieder und warf auf Emil einen Blick unendlicher Traurigkeit. Das Unglück des Freundes rührte ihn in diesem Augenblicke tiefer, als sein eigenes. Wie sehr auch der Schmerz in seinem Innern wühlte, der Schmerz des Andern mußte noch größer sein.

„Erzählen Sie doch — Ihr Märchen!“ — sagte Emil mit einer Stimme, von welcher alle frühere Schärfe gewichen war.

Albert berichtete seine Unterredung mit Scharf fast wortgetreu. Gegen das Ende derselben ward er heftig und leidenschaftlich und nachdem er erzählt, wie er „das Angeheuer“ vor die Brust gestossen hatte, so daß es mit dem Kopfe gegen die Thürflanke gestoßen war, schloß er mit plötzlich abfallender Stimme, als ob er mit sich selber sprach: „Hät' ich die Kraft des Stoßes verdoppelt, so war Euch Alles geholfen!“

Emil hatte, in seinen Stuhl zurückgelehnt, mit starr auf Albert geblickten Augen zugehört. Als dieser nun innehielt, sprach er: „Ist das Alles?“

Albert hatte sich inzwischen wieder ein wenig beruhigt. Mit unbefriedigend traurigem Gesicht fuhr er fort: „Als Scharf nach meinem Stoße mit einem wilden Schrei aus dem Comptoir gestürzt war, und

ich mit tockenden Gefühlen und wirbelnden Gedanken da stand und nach Fassung rang, trat Anton, der Haushälter, herein und theilte mir mit, daß Scharf zu Herrn Leithold hinausgegangen war. Ich mochte meine Entlassung nicht abwarten; ich wollte keinen neuen Beweis seiner Oberherrlichkeit und Allmacht mehr erleben. Ich wollte, wo möglich in seiner Gegenwart, meinen Austritt aus dem Geschäft erklären und Abschied nehmen. Ich ging hinaus und ward in das Familienzimmer gewiesen, wo ich Tante Eina fand. Ich weiß kaum, was ich ihr sagte, noch weniger, was sie mir antwortete. Nur daß sie in Thränen ausbrach und von Familienheimnissen, die man ihr vorenthalte, sprach, ist mir erinnerlich. Endlich erschien Margarete. Sie kam aus dem Zimmer ihres Vaters.“

Er hielt inne; denn er sah, wie Emil, tief athmend, die Hand gegen die Brust preßte, und ein krampfhaftes Zucken seine Lippen bewegte.

Nach längerer Pause fuhr er fort: „Ich habe Ihnen öfter schon erzählt, daß Margarete, welche mich früher mit einer fast schmerzlichen Zutraulichkeit beehrte, von Anbeginn meines Verkehrs mit Scharf ein kaltes, fremdes Wesen gegen mich angenommen. Ich habe mich seit jener Zeit auch nie wieder als Mitglied der Familie, wie Anfangs, sondern als Commis der Firma gerirt und sie stets als die Tochter meines Principals behandelt. Gleichwohl erwartete ich heut, in der Stunde des Scheidens, zum wenigsten eine freundliche Theilnahme, ein aufrichtiges, herzliches Abschiedswort. Als sie eintrat, verbeugte ich mich und wollte sprechen.“

„Ich bin bereits von Allem unterrichtet!“ — unterbrach sie mich kalt — „und von meinem Vater beauftragt, Ihnen zu sagen, daß Sie in Herrn Scharf den zukünftigen zweiten Chef der Firma grüßlich beleidigt und damit selbstverwundlich Ihre bisherige Stellung quittirt haben. Der Kassirer wird angewiesen werden, die materielle Auseinandersetzung zu leiten.“

Es überließ mich eiskalt. Hätte mein Leben an

einem Worte gehangen, ich hätte das Wort nicht herausbringen können. Ich verbeugte mich stumm und schritt gegen die Thür. Ich hörte, wie Tante Eina schluchzend meinen Namen rief. Ich drehte mich um, und während ich der herbeilebenden Tante die Hand reichte, sah ich, wie Margarete unbeweglich auf der Stelle stand, auf welcher sie zu mir gesprochen hatte, und mit starren, geisterhaften Augen mich anblickte. „Fräulein Margarete, leben Sie wohl!“ — rief ich, bis in's Innerste erschüttert.

In ihrem bleichen Marmorgeficht lag es an, sich zu regen; sie fuhr mit der Hand nach dem Herzen. Und als hätte sie durch diese Bewegung jeder sanfteren Regung Stillstand geboten, der kalte, harte Ausdruck ihrer Züge kehrte wieder. „Leben Sie wohl!“ — sprach sie mit fester Stimme und schritt durch die Thür, durch welche sie eingetreten war.

Emil starrte mit großen, trüben Augen nach der Wand und sah so still und regungslos, als wäre er in einem Traume befangen.

„Ich ging nach meinem Zimmer und packte meine Sachen zusammen“ — fuhr Albert fort — „Um zwei Uhr kam der Kassirer und überreichte mir meinen rückständigen Gehalt. Ich miethete mir eine Wohnung, überließ dem treuen Anton, meine Sachen zu räumen, und eilte hierher. „Mein Latein ist am Ende. Wissen Sie Rath, so bestimmen Sie über mich. Wissen Sie ein Mittel der Rettung, so sagen Sie es. Ich werde nicht scrupulös, nicht wählerisch sein. Ich habe abgeschlossen mit dem Leben, und es ist mir ziemlich gleichgültig, was noch über mich kommen mag. Ich sehe der Zukunft sowohl ohne Furcht als ohne Hoffnung entgegen.“

Emil sah immer noch stumm und regungslos. Nur das wechselnde Spiel seiner Mienen deutete auf einen beständigen Kampf in seiner Seele. Plötzlich aber stand er auf und sagte mit ruhiger Energie: „Auch ich will Abschied nehmen von ihr!“

Alle Krankheit, alle Schwäche schien ihn verlassen zu haben. Er kleidete sich an mit der scrupulösen

Sorgfalt eines Mannes, der das Auge einer Schönen durch seine äußere Erscheinung bezaubern will.

Sie sprachen Beide kein Wort weiter. Erst als Emil völlig angekleidet und zum Ausgange bereit war, sagte er: „Ich dachte, Sie blieben hier und erwarteten meine Rückkunft.“

Albert nickte zustimmend mit dem Kopfe. So schieden sie.

Ein Schlitten brachte Emil rasch bis zum Leithold'schen Hause.

Als er ausstieg, kam ihm Anton entgegen. „Herr Krüger ist fort!“ — sagte er traurig — „fortgemahregelt wie Sie. Aber er hat das Gewürm eine Stundendre gefalten.“

„Ich weiß!“ — unterbrach ihn Emil — „Sein Sie so gut, mich oben — bei meinen Verwandten anzumelden.“

Anton betrachtete ihn mit der Miene höchster Verwunderung. Dann sprach er, während sein Gesicht sich freudig erhellte: „Bei Gott, das ist ein herrlicher Gedanke und des Genügste, was uns noch retten kann!“ — und eilte, von Emil gefolgt, die Treppe hinan.

Emil war noch damit beschäftigt, sich seines Mantels im Entree zu entledigen, als er sich plötzlich von zwei Armen umstrickt fühlte, und die von Thränen halb erstickte Stimme der Tante zu ihm sagte: „Du böser, böser Mensch! Warum bist Du nicht früher gekommen? O gewiß, es stände besser um Dich und um uns alle!“

Selbst diese wunderliche Begrüßung that ihm wohl und rührte ihn tief. Der Ort, an welchem er sich befand, erweckte seltsame Empfindungen in ihm. Jede Thür, die Wände, die Geräthschaften schienen ihm zuzurufen: „Ja, warum bist Du nicht früher gekommen?“

Mit feierlichem Gefühl trat er an der Hand der Tante in das Familienzimmer. Da war Alles, was er sah, seit Jahren dasselbe geblieben, die Tische, die Stühle, die Schränke, die Teppiche, die Wanduhr; und das Alles beschwor die Erinnerung an die won-



Nachweis bestimmter Vorlesungen, so wie es vor 1844 gewesen; über das Testamentswesen hat sich der Cultusminister die Ertheilung neuer Vorschriften vorbehalten. — Ein anderer Aufsatz berichtet Interessantes über die Organisation und die Zwecke der königlichen Central-Turnanstalt in Berlin, namentlich Statistisches, woraus wir erfahren, dass in diesem Semester 41 Zöglinge (6 Lehrer an höheren Unterrichtsanstalten, 5 an höheren Seminarien, 1 an einer höheren Bürgerschule, ein Waisenhausinspector, die übrigen an Elementarschulen) an dem Unterrichte in der Anstalt Theil genommen haben, an welcher 3 ordentliche und 3 Hilfslehrer fungiren unter der Gesamtaufsicht des Unterrichtsdirigenten Hauptmann Stöck, der seinerseits unter dem Geh. Ober-Regierungsrath Stiehl steht. — Ein Erlass über das Turnwesen an die Regierung zu Köln empfiehlt als das Dringendste den Turnunterricht an den Elementarschulen. — Von der Mittheilung einiger Blätter, Hr. v. d. Heydt wolle ein vermittelndes Amendement zur Militärnovelle stellen, weiß man in den ihm nahe stehenden Kreisen nichts.

— **Berlin**, 15. Februar. [Die längere Dauer der Kammeression. — Der Staatschatz. — Der Flotten-Gründungsplan.] Die Aussicht auf eine lange Kammeression wird zu ziemlicher Gewissheit. Jetzt sind es nicht mehr allein die Zollvereinsverträge, an deren Durchberatung der Regierung liegt, sondern auch die Vorlage über die Kriegskosten, woran schon eifrig gearbeitet wird, welche abgewickelt werden soll. Auch mit der Militärnovelle wird man nicht so schnell zum Abschluss kommen, als es vielleicht von mancher Seite gedacht und vielleicht gehofft wurde. Die Berathung wird mit aller Gründlichkeit aufgenommen, obwohl die Wiederernennung Gneiss's und Fockebeck's zu Referenten ihren Verlauf voraussichtlich lässt. Bei der Vorlage über die Kriegskosten wird die Entnahme aus dem Staatschatz, so weit sie bis jetzt stattgefunden und für weitere Eventualitäten in Aussicht steht, von der Regierung in Betracht gezogen werden. Es sollen da die Grundzüge aufgestellt werden, nach denen die Regierung den Staatschatz, den sie als einen und noch dazu in jüngster Zeit wohlverwahrten „Kriegsschatz“ ansieht, verwaltet und sich zur Verwendung seines Inhalts für berechtigt hält. Der Geh. Finanzrath Mölle, welcher die Regierung in der vielbesprochenen Sitzung der Budgetcommission vertrat, hat in derselben dahin gehende Äußerungen gethan. Aus den näheren Mittheilungen über jene Sitzung, die noch immer lebhaft besprochen wird, ergiebt sich, dass der Baarbestand des Staatschatzes sich jetzt auf 11 Millionen Thaler beläuft. Doch stellt sich diese Summe bei dem Jahresabschluss für 1864, der noch nicht gemacht ist, vielleicht etwas höher heraus. — Die Marinevorlage mit dem Flotten-Gründungsplan scheint noch immer nicht zur Einbringung in das Abgeordnetenhaus reif zu sein, doch versichert man, dass auf ihr baldiges Erscheinen zu rechnen sei. — Aus dem Schoße der polnischen Fraktion werden nun doch wohl Anträge über den Polenprojeß erfolgen. Die Verhandlungen der Fraktion werden in den nächsten Tagen aufgenommen. — Im Herrenhause erwartet man in der nächsten Woche eine Plenarsitzung.

[Der Conflict zwischen Magistrat und Stadtverordneten-Versammlung] erhält durch folgenden, von der „Sp. Ztg.“ mitgetheilten Schriftwechsel, den ein Nachtrag zu den Vorlagen für die nächste Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung enthält, eine neue Illustration: „Die Armen-Direction, Abtheilung für die Arbeitshaus-Verwaltung, hat Mitte des vorigen Jahres bei uns darauf angetragen, zur Aufrechterhaltung der Ordnung und zur Verhütung von Unglücksfällen in der beim Arbeitshause befindlichen Verrentation eine Oberaufsicht durch einen angestellten Beamten einzurichten. Wir fügen den desfallsigen, an die Armen-Direction von der Direction des Arbeitshauses erstatteten Bericht in Abschrift bei. In Folge dieses Antrages haben wir einen Oberwärter verständigweise überwiesen. Nachdem die Einrichtung sich in den verfloßenen 6 Monaten vorzüglich bewährt hat, beantragen wir bei Uebernahme des eingehenden Gutachtens der Normal-Stats-Deputation die Ersetzung einer neuen Stelle mit einem Einkommen von 350 Thlrn. vom 1. Januar d. J. ab. Berlin, den 25. Jan. 1865. Magistrat hiesiger königl. Haupt- und Residenzstadt. gez. Seydel.“ — „Br. m. dem Magistrat mit dem Ersuchen zurückzukehren, den Antrag der Armen-Direction gefälligst beifügen zu lassen. Berlin, den 31. Januar 1865. Der Stadtverordneten-Vorsteher. gez. Kochmann.“ — „Br. m. mit dem ergebenen Bemerkten zu remittiren, dass es für die Beschlussnahme der Stadtverordneten-Versammlung des an uns erstatteten Berichtes der Armen-Direction nicht bedarf und wir dessen Mittheilung daher ablehnen müssen. Berlin, den 2. Februar 1865. Magistrat hiesiger königl. Haupt- und Residenzstadt. gez. Seydel. Hedemann.“ — „Br. m. dem Magistrat nochmals vorzutragen. Die Beurtheilung, ob eine Vorlage des Magistrats an die Stadtverordneten-Versammlung so vollständig ist, dass darauf eine Beschlussnahme derselben erfolgen kann, ist nach § 23 der Geschäftsordnung allein Sache des Stadtverordneten-Vorstehers. In dem vorliegenden Falle genügt der beigefügte Bericht der Direction des Arbeitshauses nicht, und ist der Antrag der Armen-Direction; Abtheilung für die Arbeitshaus-Verwaltung, bei Beschlussfassung im Magistrat gewiss ebenso maßgebend gewesen, wie solches in der Stadtverordneten-Versammlung sicher der Fall sein wird. Insofern der Magistrat nach der Städteordnung § 56 ad 2 die Beschlüsse der Stadtverordneten vorzubereiten hat, ist eine vollständige Kenntnissnahme des Ganges der Verhandlungen und des Urtheils der Verwaltungsbehörden ein unlässlicher Theil der Information für die Stadtverordneten. Ich erlaube den Ma-

gistrat deshalb nochmals um die gewünschte Vervollständigung ganz ergebenst mit Bezug auf § 56 ad 6 für den in Rede stehenden Fall. Berlin, den 4. Februar 1865. Der Stadtverordneten-Vorsteher. gez. Kochmann.“ — „Er. m. an den Vorsteher der Stadtverordneten-Versammlung Hrn. Kochmann hierüber mit dem ergebenen Bemerkten zurückzugeben, dass wir die, in nebenstehender gefälliger Darlegung enthaltene Auffassung in keinem Punkte für begründet halten können, die verlangte Mittheilung daher wiederholt ablehnen müssen, wogegen wir, wie es sich von selbst versteht, für den Fall, dass die Stadtverordneten-Versammlung eine Ergänzung unserer Vorlagen für notwendig erachtet sollte, dieselbe zu bewilligen jederzeit bereit sind. Berlin, den 7. Februar 1865. Magistrat hiesiger königl. Haupt- und Residenzstadt. gez. Seydel. Hedemann.“

[In dem Befinden des Ministers des Innern.] Grafen zu Eulenburg, ist einige Besserung eingetreten.

[Die Gemahlin des Staatsministers Frhrn. v. d. Heydt] ist seit längerer Zeit schwer krank. Seine Majestät der König machte derselben in voriger Woche einen Besuch. In den letzten Tagen hat das Befinden der Kranken zu neuen Besorgnissen Anlass gegeben.

**Königsberg**, 15. Febr. [Beschlagnahme.] Gestern wurde hier das letzte, 89. Heft des bei F. A. Brockhaus in Leipzig erscheinenden periodischen Werkes: „Die neue Zeit, Ergänzungsblätter zum Conversationslexikon“, und zwar wegen einer darin enthaltenen Biographie und Charakteristik des Ministerpräsidenten v. Bismarck-Schönhausen polizeilich mit Beschlagnahme belegt. (Nöhr. Z.)

**Königsberg**, 13. Febr. [Zur Presse.] Der Redacteur des „Verfassungsfreundes“, Dumas, am 12. December 1864 aus seiner Verbannung zum Gefängnisse des Stadtgerichts abgeholt, ist gestern, nachdem er die erste seiner vorläufig zehn Gefängnisstrafen, eine zweimonatliche, abgesehen, einwillen auf freien Fuß gestellt worden. Wir sagen einwillen, indem Dumas, bis zum Antritt seiner zweiten dreimonatlichen Gefängnisstrafe, wegen Preßvergehen nur einen Urlaub von acht Tagen erhalten hat. Die Staatsanwaltschaft hatte gegen jede Pause Protest erhoben, wahrscheinlich, weil sie annahm, dass Dumas sich der Vollstreckung der noch übrigen wegen Preßvergehen gegen ihn erkannten Freiheitsstrafen durch die Flucht entziehen könnte. Die Kämpfe in Schleswig-Holstein, die D. einst zur Ehre Deutschlands mitkämpfte, sind zu Ende, wohin oder weshalb sollte er flüchten? Hatte er den Muth, den dänischen Kanonen gegenüber den Tod nicht zu scheuen, warum sollte er das viel kleinere Uebel der persönlichen Freiheitsentziehung scheuen. Während der letzten acht Wochen — so lange D. im Gefängnis saß — ist der „Verfassungsfreund“ unangefochten geblieben, mit dem Tage der Befreiung Dumas, also gestern, wurde der „Verfassungsfreund“ vom 13. Febr. in seiner Nr. 13 wieder einmal confiscirt. Veranlassung dazu gab ein aus der Berliner „Reform“ abgedruckter Artikel (der „Derzeitung“ entnommen) über die Nichtbetheiligung städtischer Wahlen in einem kleinen Orte Schlesiens. Der harmlose Artikel ist in Berlin wie in Breslau unangefochten geblieben. Der heutige „Verfassungsfreund“ ist heute denn auch mit der bekannten weissen Lücke erschienen. — Gleichzeitig mit dem „Verfassungsfreund“ ist am Freitag auch die Nr. 6 des „Sächsischen Provinzial-Schulblattes“ polizeilich mit Beschlagnahme belegt worden und zwar wegen eines Referats über eine verantwortliche Vernehmung des Herausgebers Sad wegen Preßvergehens, bei welchem es sich um eine Verleumdung des Seminar-Directors Zacharias in Karlsruhe handelte. Die heutige Nummer des „Verfassungsfreundes“ berichtet: dass die gumbinner Regierung den Lehrervereinen in einer Verfügung das Schulblatt für die Lehrer der Provinz Preußen als ihr Organ zu benutzen verbietet, „weil die Tendenz des Blattes nimmer den Lehrern zum Heile gereichen könne“. Ebenso ist darin das Colportiren des von Sad herausgegebenen Kalenders (dessen Ertrag den Wittwen und Waisen des Pestalozzi-Vereins zufließt) strengstens untersagt! — Zum Schluss und zur Vervollständigung dieses unseres Berichtes über unsere Preßverhältnisse hier nur noch die Nachricht, dass Redacteur Sad heute vom ostpreussischen Tribunal zu einer Strafe von 5 Thlr. oder 3 Tagen Gefängnis verurtheilt worden ist. (Rt. Ztg.)

**Danzig**, 15. Febr. [Marine.] Sr. Maj. Corvette „Gazelle“ wird, neuerer Anordnung zufolge, in nächster Zeit, von Cherbourg kommend, hier erwartet, um wegen einiger daran vorzunehmenden Reparaturen vorläufig außer Dienst gestellt zu werden. Nach geschätzter Reparatur geht die „Gazelle“ von hier nach Kiel.

## Deutschland.

**Weimar**, 11. Februar. [Das dem Landtag vorgelegte Militärstrafgesetzbuch] schließt sich in allen Punkten, wo die speciell weimarschen Verhältnisse etwas Anderes nicht erfordern, der preussischen Militärstrafgesetzgebung an. Die Regierung begründet dies mit der Nothwendigkeit, sich in einem solchen Gesetz einem größeren Staate anschließen zu müssen. Man folgert hieraus, dass die vor zwei Jahren in Verhandlung gewesene Militärconvention mit Preußen bald wieder auf die Tagesordnung kommen wird. Die Vorlage einer Militärstrafprozessordnung hat die Regierung abgelehnt, weil sie in Rücksicht auf eine in Aussicht stehende dahin einschlägige gemeinsame Gesetzgebung mehrerer Staaten nicht selbstständig für Weimar vorgehen wollte. (Rt. Z.)

**Wiesbaden**, 12. Febr. [Acht Generale.] Im Officierscorps haben bedeutende Beförderungen stattgefunden. Das Herzogthum hat nunmehr auf 5000 Mann Truppen acht Generale!!

**Kassel**, 14. Febr. [Parrer Biron's Ausweisung.] Heute verhandelte die Ständeversammlung die Vertreibung des deutsch-katholischen Pfarrers Biron aus Hanau. Biron war früher katholischer

Pfarrer in Mainz und hat dort wegen Preßvergehens neben einer Geldbusse von 100 Thl. eine dreimonatliche Gefängnisstrafe verbüßt. Dieser Umstand ist der angebliche Grund, weshalb ihm die Regierung zu Hanau resp. das Ministerium des Innern den ferneren Aufenthalt in Kurhessen versagt hat. Die Ständeversammlung erkannte hierin eine missbräuchliche Anwendung einer aus dem Jahre 1823 herrührenden Verordnung und beschloß nach einer längeren heftigen Debatte mit allen gegen 7 Stimmen, die Staatsregierung zu ersuchen, die betreffende Aufenthaltungsverweigerung zurückzuziehen. Zu den Dissidenten gehören die katholischen Mitglieder von Trotti, Rüßam u. A. (Völk. Ztg.)

**Oldenburg**, 12. Febr. [Bohrversuche.] Der „Voss. Z.“ wird geschrieben: So eben wird hier das für das preussische Kriegsbau-Tabelliment an der Jade so bedeutsame Resultat der unermüdeten Bohrversuche nach Trinkwasser bekannt, dass man in Heppens endlich in einer Tiefe von 670 Fuß auf Wasser gestoßen ist, was nur einen ganz unbedeutenden Salzgehalt enthält. Der Wasser-Strahl sprudelt in einer Höhe von zwei bis drei Fuß aus der Erde hervor.

**Kiel**, 13. Febr. [Das Comité, welches die Betheiligung an der „Kieler Erklärung“ registrirt, hat folgende Bekanntmachung, durch welche es u. a. den vielbesprochenen Passus der Erklärung indirekt erläutert, veröffentlicht:

„Außer den Großgrundbesitzern und Mitgliedern der Ritterschaft, deren Namen schon bekannt gemacht sind, haben 49,160 selbstständige Männer der Herzogthümer bis heute die „Kieler Erklärung“ unterschrieben. Dieses Resultat der bisherigen Unterzeichnung der im Gegensatz gegen die Siebzehner-Adresse gestellten sogenannten Kieler Erklärung liefert den besten Beweis einestheils von der Einmüthigkeit der Bewohner der Herzogthümer, andertheils von dem Irrthum derjenigen, namentlich auch auswärtiger Blätter, welche trotz der oft und allgemein ausgesprochenen Ansicht des Landes in dem Passus — „wir halten fest an der Forderung: daß bei der zu beschleunigten Ordnung unserer staatlichen Verhältnisse sowohl im Innern als in Beziehung zu Deutschland dem Herzog und den geistlichen Vertretern des Landes eine entscheidende Stimme zustehe“ — etwas Anderes glaubten erkennen zu müssen, als Wahrung des Selbstbestimmungsrechtes des Landes. — Detaillirte Berichte bleiben vorbehalten. Fernere Beitritts-Erklärungen werden jederzeit von dem unterzeichneten Herrn Lange entgegengenommen, sowie von demselben Subscriptionsbogen zu beziehen sind. Kiel, den 11. Februar 1865.“ (Folgen die Unterschriften.)

**Flensburg**, 13. Febr. [Anschluß an Preußen.] Die „Scheer Nachr.“ melden: „Gestern trat eine Reihe Männer aus Schleswig und Holstein zusammen, um die brennende Frage des Anschlusses an Preußen als etwas Wesentliches und unbedingt Nothwendiges, als eine nationale Pflicht und durch das Interesse des Landes geboten auszusprechen.“ Der flensburger „Nord. Z.“ wird über diese Versammlung von hier geschrieben: „Gestern fand hier eine Zusammenkunft einer Anzahl Männer der nationalen Partei aus verschiedenen Gegenden beider Herzogthümer statt. Dieselben einigten sich über ein Programm, dessen Grundzüge dahin gehen, daß die Vereinigung der Herzogthümer mit Preußen in militärisch-maritimer und diplomatischer Beziehung eine unerläßliche Forderung, sowohl der schleswig-holsteinischen als der deutschen Interessen sei. Sie verpflichteten, sich für die weitere Verbreitung dieser Ansicht unter ihren Landsleuten nach Kräften thätig zu sein. — Gleichzeitig tagte hier ein Versammlung von Delegirten einer Anzahl Kampfgenossenvereine, in der beschlossen sein soll, zu veranlassen, daß die bisher von Flensburg eingenommene Stellung eines Vororts der Vereine auf einem andern Ort übergebe. Die Mehrzahl der Vereine scheint damit unzufrieden gewesen zu sein, daß der Vorstand des flensburger Vereins politischen Demonstrationen der Vereine sich nicht sonderlich geneigt zeigte.“

## Italien.

**Rom**, 7. Febr. [Zum französischen Kirchenstreit. — Der Herzog von Salaparuta. — Der Erzbischof von Köln. — Sonstiges.] Die einzelnen Doctrinen des Sallabus und der Encyclica waren nie ein Gegenstand der Besprechung des Grafen v. Sartiges mit dem Cardinal Antonelli, denn dergleichen gehört vor die geistliche Curie, jene beiden haben mit einander nur Diplomatisches abzuhandeln. Wohl aber sind von ihnen gleich Anfangs über beide Documente in vertraulicher Weise Bemerkungen gewechselt. Graf v. Sartiges legte begreiflich der Beurtheilung des Plebisicits, dem der Kaiser der Franzosen Ursprung und Bestehen seiner Macht verdanke, eine schlimme Anwendung bei, und obgleich Cardinal Antonelli diese Beurtheilung nur als eine nothwendige Consequenz der Verdamnung jener Volksouveränität überhaupt bezeichnete, welche in unserer Zeit nehme oder versenke, was ihr gar nicht gehöre, so weiß man doch hier am besten, daß man vorzüglich in Folge dieses Auspruchs mit dem Kaiser der Franzosen ein für allemal auseinander ist. Das Bedenkliche der dadurch geschaffenen Lage entgeht am wenigsten dem Papste selber, doch die Curie, die von der Zeit Wunder vorherzagt, die sie

nigen Tage der hoffnungsreichen Vergangenheit in ihm herauf.

„Wie geht es mit Onkel Leithold?“ — fragte er, sich niederlegend.

„Was seinen körperlichen Zustand betrifft, so geht es besser.“ — antwortete Tante Lina mit wehmüthvoller Miene. — „Wenigstens hat seine gelähmte Zunge wieder so viel Beweglichkeit erlangt, daß er sich verständlich machen kann. Wie es im Uebrigen mit ihm und uns Allen steht, ist ein Geheimniß für mich. Seit einiger Zeit scheint man mich als eine Fremde, des Vertrauens Unwürdige in diesem Hause zu betrachten. Oder vielleicht hat mein Geist gelitten; denn ich begreife Nichts mehr von Allem, was hier vorgeht. Alles, was ich sehe und höre, ist dunkel und räthselhaft. Nur das Eine ahne ich, daß uns etwas Schreckliches, Unerhörtes bevorsteht. Die Luft in diesem Hause ist mit Unheil gefüllt.“

Emil nickte stumm mit dem Kopfe.

„Entweder habe ich den Verstand verloren, oder alle Uebrigen sind narisch.“ — fuhr die Tante mit großer Bitterkeit fort. — „Nanatest Du Scharf nicht immer einen tüchtigen Kobold? Ich glaube nun selbst, daß er es ist und in diesem Hause Alles beherrschet. Alles ist ihm gehorham und unterthänig, sogar — Du wirst es kaum glauben — Margarete. Ja, und wenn Du es selbst hörst, ich wiederhole es, Gretchen, Du mußt verheißt sein!“

Emil wandte sich um. Margarete war leise eingetreten. Sie näherte sich ihm festen Schrittes und reichte ihm die Hand. Kein Zucken in ihren Mienen verrieth Erstaunen oder Schrecken bei seinem Anblick. Ihr schönes, edles Antlitz war bleich und felerlich ernst. Sie heftete die dunklen, räthselvollen Augen mit dem Ausdrucke unaussprechlicher Behemuth auf ihn.

Emil war rasch aufgesprungen. Seine Hand zitterte in der ihrigen. Er las in diesen geliebten, von einer übermenschlichen Ruhe vergeistigten Zügen eine erhabene Willenskraft, einen festen, unerschütterlichen Entschluß, der seine herrlichste Hoffnung knickte

und ihn zwang, dem schönsten Traume seines Lebens zu entsagen. Sprachlos kreuzte er ihren Blick mit dem seinigen.

„Wenn Du nicht von selbst gekommen wärst“ — sagte Margarete — „so würde ich an Dich geschrieben und Dich gebeten haben, uns zu besuchen. Denn ich habe mit Dir zu sprechen. Liebe Tante, Du verzeihst, wenn ich Dir Emil entführe.“

„O, ich bin es gewöhnt“ — unterbrach sie die alte Jungfrau — „in diesem Hause als ein lästiger Gast betrachtet zu werden. Genire Dich nicht!“ — und aus den alten, gutmüthigen Augen stürzte ein heißer Thränenstrom.

Margarete schritt zu ihr hin, küßte sie auf die Stirn und sagte: „Wenn es vollbracht sein wird, sollst Du Alles erfahren! Und dann werd ich Deine mütterliche Zärtlichkeit und Theilnahme mehr als jemals in Anspruch nehmen.“ Nach diesen Worten und nach einem Blicke auf Emil, der ihm ihr zu folgen befahl, schritt sie voran, durch die Zimmerreihe hindurch, bis nach dem Salon, welcher uns durch ihre Unterredung mit Scharf bekannt geworden ist. Dort setzte sie sich auf den Divan nieder, blickte eine Weile sinnend zu Boden und dann zu Emil auf, der, an das Gesims des Kamins gelehnt, mit über die Brust gekreuzten Armen ihr zur Seite stand und sie mit einem unbeschreiblichen Blicke betrachtete.

„Ich habe Dir gesagt, lieber Emil“ — begann Margarete — „daß, wenn Du nicht von selber gekommen wärst, ich Dich gerufen haben würde. Das Schicksal hat mir eine widerwärtige, schreckliche, ich möchte sagen unnatürliche Rolle aufgedrängt. Inbem ich mich füge und sie übernehme, möchte ich nicht von Dir verkannt werden. Vor Jahren, bevor uns seltsame, unglückselige Verhältnisse trennten, haben wir uns mit einander begeistert für die Ideale des Lebens, für das Gute, das Schöne, das Wahre. Es war mein Stolz, Dir zu beweisen, daß das Leben auch für das Weib noch höhere Interessen haben könne, als das der Häuslichkeit, daß auch ein frauenhäßliches Gemüth erglänzen könne für die hohen und höchsten

Fragen der Menschheit, und daß auch ein weiblicher Charakter im Kampfe mit der Noth und dem Wege des Lebens seine sittliche Würde fester als ein Mann erhalten könne. Jetzt nun, im Begriffe, einen Schritt zu thun, der jenen Grundfragen fast Hohn zu sprechen scheint, empfind ich ein brennendes Verlangen, mich vor Dir zu rechtfertigen, Dir wenigstens, dem Einzigen von allen Menschen, zu sagen, daß die zweideutige That, welche Du mich begehen sehen wirst, meine früheren Worte nicht Lügen straft, daß ich meine sittliche Würde nicht materiellen Vortheilen opfere, und daß, wenn ich mich der finstern Macht des Verhängnisses unterwerfe, ich dies doch frei, mit vollem Bewußtsein und innerlich unentwundt thue. Es wird mir ein süßer Trost in den dunklen und bitteren Stunden meines späteren Lebens sein, zu wissen, daß Du mich nicht falsch beurtheilst.“

„Warum ich gerade?“ — sprach Emil düster — „der in Deinen Augen Entwürdigte, der „Gefallene“, dessen Thaten so weit hinter seinen stolzen Worten zurückgeblieben sind, der das Feuer oder Begeisterung, das ihn ehemals durchglühte, in tolen, wilden excessen verpuscht hat?“

„Ich habe nie nach dem Scheine geurtheilt!“ — versetzte Margarete lebhaft — „Ich habe geglaubt an Dich, an die sittliche Kraft in Dir und an Deinen guten Drang. Ich glaube noch heute an Dich und werde ewig an Dich glauben, sowie ich hoffe, daß Dein Glaube an mich niemals schwinden wird!“

Emil hatte sich ausgerichtet. Er näherte sich ihr mit leuchtenden Augen und sprach: „Einen solchen Glauben hegt und bewahrt nur die Liebe! Margarete, Du liebst mich, sowie ich Dich liebe, mit jener Tiefe und jener Gluth, welche allen Anstößen und sinnlosen Zufällen des Lebens Hohn sprechen und uns zur irdischen Gültigkeit emportragen! Ich frage nicht danach, was uns auseinandergerissen und Jahre lang auseinander gehalten hat, ob es die ungerechte Laune der umgebenden Welt allein war, oder vielleicht auch, etwas, das in uns selbst lag, ein Mißtrauen oder verletzter Stolz. Aber ich frage Dich und ich

beschwöre Dich bei Allem, was Edles und Gutes unsere Seelen ehemals verband, mir die Wahrheit zu sagen: Hast Du mich wirklich geliebt? Liebst Du mich noch? Gehört mir das Herz, in welchem die herrlichsten und edelsten Blüten der Erde prangen?“

Ein Strahl jener Seligkeit, die mit göttlicher Gewalt das Menschenherz durchdringt und es hoch über alle Rücksichten und Leiden der Erde erhebt, verklärte ihre ersten Züge. Ihre bleichen Wangen färbten sich purpurnroth. Der Stolz, die Heftigkeit, die Energie, welche diesem Antlitz für gewöhnlich den Charakter des Dämonischen verlieh, lösten sich auf in jungfräuliches Erglänzen. So saß sie, stumm zu ihm aufblickend, und ließ sich einige Augenblicke von den zauberischen Harmonien des Herzens in Borne und Seligkeit versenken. Dann plötzlich gewann der Ausdruck eiserner Willenskraft wieder die Oberhand in ihren Zügen.

„Setze Dich zu mir und laß uns ruhig bleiben.“ — sprach sie mit der früheren seltsamen Ruhe, indem sie ihm die Hand reichte — „Ja ich habe Dich geliebt und liebe Dich noch! Und vielleicht verdiene ich den Vorwurf, uns auseinandergerissen zu haben für ewig, dadurch, daß ich in jener Trennungsstunde, wo das Gesändniß Dir auf den Lippen schwebte, dasselbe zurückdrängte und Dir den Mund verschloß.“

„Ja, warum thatest Du dies?“ — unterbrach sie Emil — „Mit der Ueberzeugung von Deiner Liebe im Herzen würde ich, und wenn sich jedes Fenster in den Häusern der Stadt in eine verlockende Schönheit verwandelt hätte, stolz und kalt vorübergegangen sein!“

„Es wirkte Vieles zusammen.“ — versetzte sie mit einem leichten Zittern der Stimme — „Der Entschluß der Ehelosigkeit, welchen ich in Folge meiner langjährigen Kränklichkeit gefaßt hatte, die Rücksicht auf die Schwäche meines Vaters, vielleicht auch verletzter Stolz, welchen Deine anklagende Bitterkeit erweckte.“

(Fortsetzung folgt.)



selber nicht hofft, weiß ihn in beschwerten Augenblicken schnell wieder mit Widerstandskraft zu erfüllen, und so ist an eine retractat-sententia nach seiner Seite hin zu denken, auch wenn Graf Arco aus München und Lord Stafford nicht in Rom wären. — Irthümlich haben römische Nachrichten vom 10. v. M. in deutschen Zeitungen den portugiesischen Gesandten, Herzog v. Salbana, schon damals nach kurzem Aufenthalt wieder abreisen lassen. Derselbe befindet sich noch in diesem Augenblicke hier, der Tag seiner Abreise ist aufgeschoben. — Am Sonnabend soll aus Berlin eine Rückführung höchster Instanz eingetroffen sein, wodurch die etwa noch vorhandenen Hemmnisse für die definitive Wahl des Erzbischofs von Köln beseitigt wären. — Vincenz Gratiani, der von dem französischen Kriegsgerichte wegen der Ermordung zweier französischer Gendarmen zum Tode verurtheilt worden, ist am 4. Februar zu Castro hingerichtet worden. — Wie aus Catania berichtet wird, hat der Ausbruch des Aetna seit dem 8. wieder an Heftigkeit zugenommen; die neue Lava bildet eine zweite Schicht über der erstgeschlossenen.

## Frankreich.

\* Paris, 13. Febr. [Das gelbe Buch.] Die „France“ macht heute einige allgemeine Angaben über den Inhalt des gelben Buches, das nächsten Freitag an die Mitglieder des gesetzgebenden Körpers vertheilt werden soll.

Die Mehrzahl der Seiten soll der Elberzogthümer-Frage gewidmet sein; sodann folgt, dem Bapierumfange nach, Italien; aber die wichtigsten Altensätze sind dem Publikum längst bekannt, da rasche Veröffentlichung der einen oder anderen Partei geboten schien, und überhaupt die Diplomatie ihre Depeschen nur noch in und mit der Rücksicht auf ihre Wirkung in der Zeitungs-welt schreibt. Was Dänemark betrifft, so ist die „aufrichtige Theilnahme“ Frankreichs an diesem „Völklein“ bekannt; auf der anderen Seite aber, so constatirt in Bezug auf das gelbe Buch die „France“, nahm die französische Diplomatie „gerechte Rücksicht auf das National-Anrecht, das Deutschland auf einen Theil der Elberzogthümer geltend machte, und glaubte sich daher nicht direct in den Streit mischen zu sollen, sondern dabei stehen zu bleiben, beiden Parteien Mahnung, und die Zugeständnisse, welche von Zeit und Verhältnissen geboten waren, anzupfehlen.“ Das gelbe Buch wird die Beweise von Frankreichs Rücksicht und Enthaltung bieten. Hätte Frankreich den beiden Theilen ein Ultimatum gestellt, so würde es dasselbe auch mit bewaffneter Hand geltend machen müssen, es würde mit andern Worten einen Krieg mit Deutschland und die Schreden eines europäischen Zusammenstoßes herbeigeführt haben. Nun der Krieg zu Ende und Dänemark besiegt, lag es auf der Hand, daß Frankreich den Siegern nochmals den Wunsch zu erkennen gab, bei der neuen Landeseinrichtung die Bevölkerungen zu fragen, welche das Waffenglück Dänemark entrißen hatte. In Betreff des September-Vertrages sind, fährt die „France“ fort, alle bemerkenswerthen Altensätze bereits dem Parlamente in Turin vorgelegt und veröffentlicht worden; dem gelben Buche laßen sich weitere Aufschlüsse nicht erwarten, doch wird gegenüber den Auffassungen italienischer Staatsmänner die französische Regierung durch einige besondere Depeschen die wahre Auslegung der Convention erhellen. Drouin de Lhuys hat bekanntlich noch einige Steine auf dem Herzen, wodurch er beweisen will, daß er die wahren Interessen des Papstthums bei Unterzeichnung des September-Vertrages so habe wahrnehmen wollen, wie Frankreich seit fünfzehn Jahren in Rom dieselben verfolgte. Auch in Betreff des Streites über die Encyclica stellt die „France“ keine neuen Enthüllungen durch das gelbe Buch in Aussicht, da Frankreichs Haltung in dieser Frage ja bereits zu stark accentuirt und zu bekannt sei. Ueber Mexico, wo Frankreichs Action aufhört und das Kaiserthum seinen Weg angetreten habe, werde nur noch der Finanzpunkt im gelben Buche figuriren. In Bezug auf Nordamerika bestreite Frankreich sich strenger Neutralität; sein erheblicher Zwischenschlag sei erfolgt, das gelbe Buch werde hier also nur dürftig erscheinen. Ueber die bemerkenswerthen Vorgänge in den Donau-Fürstenthümern würden Altensätze mitgetheilt werden, welche über Frankreichs Politik Aufschlüsse zu geben geeignet seien. Die Depesche, welche Herr Drouin de Lhuys wegen der Briefe des päpstlichen Nuntius an den Grafen Sartiges nach Rom geschickt, wird ebenfalls in dem gelben Buche veröffentlicht werden.

[Zum Kirchenstreit.] In Beziehung auf den Conflict mit Msgr. Chigi sucht heute der „Constitutionnel“ zu beweisen, daß die Regierung in ihrem vollen Rechte sei, wogegen die „Gazette de France“ daran erinnert, daß vor dem 10. December der damalige Präsident der Republik den damaligen päpstlichen Nuntius schriftlich aufgefordert habe, sich bei dem Episkopate zu seinen Gunsten zu verwenden, und der italienische Gesandte, Hr. Nigra, so weit gegangen sei, Verse an die Kaiserin zu Gunsten der Venetianer zu richten, die auch in den Zeitungen veröffentlicht worden seien. Die Schrift Dupanloup's wird von ultramontaner Seite angefochten werden; eine Gegenschrift wird von Msgr. de Ségur, eine andere von dem bekannten früheren Deputirten Keller angekündigt. Inzwischen erscheint eine neue billige Ausgabe der ersten zu 50 Cent.

[Die Opposition.] Gestern fand eine Versammlung der Oppositionsmitglieder bei Marie statt. Berryer, Glais Bizoin und Thiers befanden sich unter den Anwesenden. Olivier und Darimon waren nicht eingeladen. Thiers verteidigte die päpstliche weltliche Gewalt, die Guérault auf das bestigste angriff.

[Zur Presse.] Bekanntlich macht die Regierung große Anstrengungen, dem „Abend-Moniteur“ Verbreitung im Lande zu verschaffen. Das „Journal des Debats“ spottet über diese Bemühungen: „Fügen wir hinzu, daß man aus dieser Hartnäckigkeit zu Gunsten der Verbreitung des „Abend-

Moniteur“ einen Grund für die Umgestaltung des Elementar-Unterrichts schöpfen könnte! In einer Bittschrift sagen die Bewohner von Wiesbaden: „Wozu zwingt man uns, lesen zu lernen, wenn man die Zeitungen unterdrückt?“ Der französische Staatskörper hätte die Forderung nur in der Weise umzusetzen: Wozu den Moniteurzwang einführen, so lange es in Frankreich so viele Leute giebt, die nicht lesen können? — In Florenz wird jetzt ein französisches officielles Blatt unter dem Namen „Moniteur Italien“ erscheinen. In Madrid, London und Turin erscheinen bereits französische officiële Blätter. Mit Deutschland hat man dies auch versucht, die Versuche mislangten aber bis jetzt vollständig.

[Die „Dinde“.] Der dänische Consul zu Bordeaux protestirt jetzt in einem Schreiben an die „Gironde“ gegen die Behauptung dieses Blattes, daß die „Dinde“ von Dänemark gekauft und bezahlt worden sei. Dieses Schiff ist dem Consul zufolge von Dänemark nur bedingungsweise angenommen, aber nicht bezahlt worden, da der Kauf rückgängig gemacht wurde. Herr Armand, der dasselbe gebaut, müsse es also an die Consolärämter verkaufen haben.

[Personalien.] Baron von Bubberg, dessen Abwesenheit bei dem Feste des Prinzen Napoleon auffiel, befindet sich zur Zeit noch in Nizza. Es befand sich aber überhaupt kein Russe unter des Prinzen Gästen. — Die Reise Mustapha Pascha's, Bruder des Vicekönigs Ismael von Egypten, nach Frankreich soll zum Zwecke haben, gewissen Plänen, die Ergebnisse in direkter Linie in der Familie des Vicekönigs festzustellen, entgegenzuarbeiten. Von Paris wird er sich nach London begeben. — Hr. Horn hielt gestern einen öffentlichen Vortrag über Arbeitervereine, der sich durch Klarheit und Sachkenntnis auszeichnete und von den zahlreich versammelten Zuhörern sehr beifällig aufgenommen wurde. — Alexander Dumas Vater tritt im Frühjahr eine Reise durch Amerika an. Ein Viertel des Ertrages, den er sich davon verspricht, wird den Verwundeten der Unionsarmee, ein Viertel für seine Bemühungen reicher, die andere Hälfte zur Bestreitung der Reisekosten verwendet werden.

[Die Thronrede] ist in unserer gestrigen telegraphischen Mittheilung an zwei Stellen nicht vollständig wiedergegeben worden. Es muß heißen:

1) in dem die Religion betreffenden Passus: „Die Religion und der öffentliche Unterricht sind der Gegenstand meiner besondern Fürsorge. Alle Cullen erfreuen sich einer gleichen Freiheit; der französische Clerus übt, selbst außerhalb seines Amtes, einen berechtigten Einfluß aus“ u.

2) in der auf die Handelsverhältnisse bezüglichen Stelle: „Je größere Ausdehnung unsere Handelsmarine gewinnt, je leichter die Transportmittel werden, um so weniger wird man sich über die plötzlichen Veränderungen im Preise der nothwendigsten Lebensbedürfnisse zu beklagen haben. Durch solche Mittel werden wir im Stande sein, die theilweise Ungunst der Verhältnisse zu beschwören, welche heute auf dem Ackerbau lastet. Einige schreiben den augenblicklichen Mangel der Aufhebung der beweglichen Scala zu; sie vergessen, daß im Jahre 1851, als dieselbe bestand, der Preis des Getreides um ein sehr beträchtliches niedriger war, und daß sogar in diesem Jahre die Getreideausfuhr die Einfuhr bedeutend überschreitet.“

## Großbritannien.

E. C. London, 13. Febr. [Die Interpellation von Sir J. Walsh] und die Erwiderung Lord Palmerston's wird heute in „Times“ und „Post“ besprochen. Das leitende Blatt findet die Interpellation nicht so ungeeignet, wie der „Globe“, der Sir J. Walsh die Absicht, Handel mit Amerika zu suchen, vorwarf, und nimmt auch Lord Palmerston's beschwichtigende Worte weniger buchstäblich, als das genannte Abendblatt. Die „Times“ sagt:

Mit dem größten Bedauern sehen wir, daß der Kampf die Tendenz hat, sich auszubreiten, und jene friedlichen Verträge und weisen internationalen Bestimmungen, die so lange zwischen England und Amerika zum Besten beider bestanden haben, niederzureißen. Es ist außer der Kündigung der oft erwähnten zwei Verträge mit Kanada manches Andere vorgefallen, was E. C. erregen darf. Mr. Eward's Vagabunden, welches längs der ganzen Grenze streng in Kraft gesetzt ist, baut eine eiserne Mauer auf zwischen zwei Ländern, die, obgleich unter verschiedenen Regierungen stehend, lange Zeit etwas von jenen Vortheilen genossen haben, die gewöhnlich nur den Unterthanen desselben Souveräns eigen. Man hat also wahrlich keine große Ursache, sich zu wundern, wenn unter so neuen und beunruhigenden Umständen — Umständen, die voll augenscheinlichen Nachtheils für die Gegenwart und möglicher Gefahr für die Zukunft sind, ein unabhängiges Mitglied der Opposition das Oberhaupt der Regierung um Auskunft bittet. Sir J. Walsh sprach freilich in einem etwas in's Bittere fallenden Tone. . . . Wir denken, daß es nach den erwähnten Vorgängen kaum möglich war, eine solche Frage nicht zu stellen, und dabei so ziemlich in demselben Tone, wie Sir J. Walsh zu sprechen. Die Erwiderung Lord Palmerston's war so gemessen in ihrem Ton und so behutsam in ihrer Fassung, daß das Publikum, vielleicht nicht ganz billiger Weise, auf den Gedanken kam, daß der Gegenstand ganz und gar hätte vermieden werden sollen. . . . Voricht ist allerdings die Pflicht des Hauses der Gemeinen, aber es könnte, andererseits, die Voricht so weit treiben, daß dadurch seine Controle über die Regierung neutralisirt würde. . . . Es ist schon zu spät für den Congress und die Regierung von Amerika, inne zu halten auf der betretenen Bahn, und wenn wir auch nicht mit Sir John Walsh sagen wollen, daß die Maßregeln der amerikanischen Regierung einem Ate der Feindseligkeit beinahe gleich kommen, so werden doch dadurch jene weisen Schranken gegen den Krieg hinweggeräumt, die von der Klugheit einer inmitten der Greuel und Leiden des Krieges aufgewachsenen Generation erfunden wurden. Wir werden mit allen Kräften bemüht sein, Frieden mit den Vereinigten Staaten zu halten, selbst wenn sie die beiden Verträge, auf denen er so vorzugsweise beruht, kündigt; aber wir werden fester das Gefühl haben, daß die Aussichten, den gegenwärtigen Stand der Dinge aufrecht zu halten, durch eine so harte und unbedingte Neuerung viel geringer geworden sind.

[Die türkische Regierung und die Missionsgesellschaft.]

ten.] Ein Bündel Depeschen, welches nicht weniger als 99 Correspondenzstücke sehr unerquicklicher Art umfaßt, ist dem Parlamente vorgelegt worden. Es handelt über die Conflicte, die im vorigen Jahre zwischen der türkischen Regierung und verschiedenen Missionsgesellschaften vorgekommen sind.

Einige zum Christenthum übergetretene Türken hatten in Gasthäusern vor Reisenden, welche aus dem Innern des Landes nach Konstantinopel kommand, noch ein gutes Theil Fanatismus mitgebracht hatten, das Evangelium zu predigen versucht und sich Angriffe auf die mahomedanische Religion zu Schulden kommen lassen, die aus ihrem, der Renegaten Munde die rechtgläubigen Moslems um so mehr erbitterten. Die Polizei mußte einschreiten, um die Verhändler des Christenthums vor persönlicher Gewaltthätigkeit zu schützen und sperrte 4 oder 5 derselben ein; zugleich wurden auch Verkaufsplätze für Bibeln geschlossen. In einer Depesche vom 18ten Juli berichtet der britische Gesandte in Konstantinopel, Sir H. Bulwer, über diese unangenehmen Vorfälle, und fügt hinzu, daß die türkische Regierung selbst zwar keine Bedenken wegen der religiösen Folgen solcher Brechungen habe, jedoch eine Aufregung der Volksmassen in der Hauptstadt scheuen müsse; denn wenn es einmal zum Blutvergießen gekommen wäre, so sei es unmöglich, die üblen Folgen zu berechnen. Zugleich berichtet Sir H. Bulwer, sich um die Freilassung der Bekehrten zu bemühen und die Erlaubnis zum ruhigen Verlaufe der Bibel zu erwirken. Beides gelang ihm. Inzwischen mischten sich auch verschiedene englische Religionsgesellschaften in die Sache, deren Auftreten Sir H. Bulwer weber als weise noch als politisch zu bezeichnen vermag. In einem Berichte, welchen er an den evangelischen Verein gerichtet hat, sagt er: Die ottomanische Regierung ist bereit, allen Christen die ruhige Ausübung ihrer Religion zu gestatten; sie kann jedoch nicht zugeben, daß die mahomedanische Religion öffentlich angegriffen werde. Ihre Politik ist es, allen Religionen Schutz zu gewähren; nicht aber Anhängern der einen Religion Angriffe auf die der andern zu erlauben. — Andererseits wendet sich der Erzbischof von Canterbury, als Präsident des Vereins zur Ausbreitung des Evangeliums, an Lord Russell mit der Beseitigung, daß die erwiesenen Thatfachen „zu den schärfsten Vorstellungen an die Regierung des Sultans“ berechtigten. Lord Russell drückte die ganze Controverse in seiner Depesche vom 15. December aus, wo es heißt: „Wenn die Missionäre in Zukunft etwas mehr Klugheit und die türkische Regierung etwas mehr freundschaftliche Langmuth beweisen wollen, so wird sich einer Wiederholung derartiger betrübender Vorfälle wohl vorbeugen lassen.“

[Der Herzog von Northumberland] starb gestern auf dem Schlosse Alnwick in der Grafschaft Northumberland im Alter von 72 Jahren. Derselbe ward für den Seendienst erzogen, trat im Jahre 1805 auf der Kriegsflootte ein, ward im Jahre 1815 Capitän, 1850 Contreadmiral, 1857 Viceadmiral und 1862 Admiral. In der Politik gehörte der Verstorbene der conservativen Partei an. Im ersten Ministerium Derby (1852) bekleidete er den Posten eines ersten Lords der Admiralität.

## Provincial-Beitrag.

Breslau, 16. Februar. [Tagesbericht.]

\*\* [Stadtverordneten-Versammlung.] Vorsitzender, Justizrath Bouneß, eröffnet die Verhandlung bald nach 4½ Uhr mit den geschäftlichen Mittheilungen, denen wir folgende entnehmen. Nachdem Magistrat dem Beschluß der Versammlung bezüglich der Kündigung sämtlicher, der städtischen Sparcasse und anderen städtischen Instituten gebührenden Oberschleischen Prioritäts-Obligationen Lit. E. beigetreten, ist die Kündigung und die Aufforderung zur Rückzahlung der betr. Summe durch Justizrath Hayn erfolgt. Darauf hat die kgl. Direction der Oberschleischen Eisenbahn den Einwand gemacht, daß die in dem Privilegium bezeichnete Vorauszahlung für Amortisationen im vergangenen Jahre nicht vorgelegen, auch keine andere Bestimmung verleihe, und sie deshalb eine rechtliche Verpflichtung der gedachten Art nicht anerkenne. Magistrat ist indeß bei der Kündigung stehen geblieben und hat dies der Direction angezeigt; er will nun das Resultat vorläufig abwarten. — Ein Besuch des Schuhmachermeyster Ruhfal um fernere Ueberlassung einer dem Magistrat angekauften Fuhre wird auf Antrag des Stadth. Stetters befürwortet.

Aus den heut erledigten Gegenständen der Tagesordnung haben wir hervor: Die Vorlage, betr. die Errichtung eines Durchganges zwischen der Weißgerbergasse und der Engelsburg, wird dem Gutachten der Baucommission gemäß, noch einmal an den Magistrat verwiesen. Bewilligt werden der Beitrag zu den Kosten des 18. schles. Prob.-Landtages, die Kosten der Vorarbeiten für die Erziehung eines Abgeordneten, und sodann der Etat des Substanzgelder-Fonds pro 1865 genehmigt.

Nach Erledigung einer Reihe älterer Rechnungssachen wurde der Etat der einmaligen Ausgaben bei der Verwaltung der Rammereigüter, Kosten des Neubaus einer Scheuer im Betrage von 3,233 Thlr., dem Magistrat beifällig Ergänzung der Anschläge und Ausschreibung der Licitation zurückgegeben. Hierauf entschied sich die Versammlung, den Anträgen der betr. Commissionen gemäß, für den Anlauf der unter den großen Gleischbänken belegenen Stellen Nr. 19 und 20 für 4000 Thlr.; ebenso erklärte man sich mit dem projectirten Neubau am Elisabeth-Kirchhofe und Erwerbung der früher erwähnten Grundstücke für 16,500 Thlr. beifällig Erweiterung der Passage einverstanden. Ferner genehmigte die Versammlung den Etat der allgemeinen Verwaltung verschiedener Einnahmen und Ausgaben für das Jahr 1865 mit den Modificationen, welche die Finanz- und Steuer-Commission vorge schlagen hatte.

Gelegentlich der beantragten Decharge für die Rechnungen von der Verwaltung der städtischen Bank pro 1861 und 1862 bemerkte Stadth. Sturm als Referent, es habe von der für die Entbedung der Verfertiger falscher

(Fortsetzung in der Beilage.)

Gotha, im Febr. [Frau Rampé-Babnigg] trat am 18. und 23. Januar hier in Gotha wieder zum erstenmal auf, und zwar in Meyerbeers „Robert der Teufel“ als Isabella, und in Mozarts „Don Juan“ als Donna Anna und will, wie es heißt, sich ganz der Bühne wieder zuwenden. Klang und vollendete Technik der Stimme, selbst in den höchsten Chorden, rissen das Publikum zu lebhaftem Beifall hin, und je weniger in heutigen Tagen die classische Kunst des Gesanges noch anzutreffen ist, desto mehr müssen wir eine Gefangesgröße, wie Frau Rampé-Babnigg, willkommen heißen.

Der Gast wurde vom hiesigen Publikum auf das freundlichste empfangen und sogar durch Herboruf auf offener Scene ausgezeichnet, was bei uns wirklich viel sagen will.

Das Gastspiel konnte leider nicht länger ausgedehnt werden, denn noch in keiner Saison hat die Intendanz mit so vielen berühmten Gästen abgeschlossen, als diesmal, und unsere ganze Theatersaison dauert hier nur immer drei Monate, wonach Schauspiel und Oper wieder nach Coburg übersiedeln.

London, 10. Febr. [Ein sauberes Paar.] Dem Polizeirichter zu Clerkenwell werden ein Mr. William Williams und Mrs. Julia Bishop, Beide in eleganter, aber etwas derouter Toilette, vorgeführt. Der Constable Cherry, der als Ankläger gegen Beide auftritt, sagt von ihnen: Die beiden Angeklagten sind mir wohl bekannt. Mr. Williams ist Oberst in königlichen Diensten, Mrs. Bishop, die Gemahlin eines Pastors der Kirche von England. Am Donnerstag, um 1 Uhr Nachts, rief man mich in das Gasthaus „zum Herzog von Clarence“, wo ich diese beide Personen in einem über alle Maßen trunkenen Zustande traf. Sie hatten einen solchen Höllenlärm im Hause gemacht, daß dem Wirth nichts übrig blieb, als mich zu erlösen, Beide mit Gewalt hinauszuwerfen. Als ich mich anschickte, dies zu thun, gab mir Williams mehrere Schläge und Schläge auf den Kopf, am nächsten aber benahm sich Mrs. Bishop, die einen mich begleitenden Constable mit Ohrfeigen überschüttete. Als es mit vieler Mühe gelang, die beiden Angeklagten auf die Straße zu bringen, da zeigte es sich, daß Mrs. Bishop so wenig Herrin ihrer Sinne war, daß nichts übrig blieb, als sie mittelst eines Handlarkens auf die Polizei-Station zu bringen. Der Polizeirichter, Mr. Parker, verhört nun Beide. Williams will von allem, was an jenem Abend vorgefallen, keine Kenntnis mehr haben. Mrs. Bishop erzählt, sie habe in Begleitung des Mr. Williams an jenem Abend zehn Bouteillen Champagner geleert, wofür Mr. Williams die Flasche mit zehn Schilling bezahlt. Mr. Parker verurtheilte Beide zu Geldstrafen, und zwar Williams zu zwanzig und Mrs. Bishop zu zehn Schillingen, welche Strafe sie erlegten und hierauf auf freien Fuß gesetzt wurden.

Paris, [Cartouche II.] Als die Kaiserin Eugenie von Frankreich dieser Tage in der italienischen Oper der Aufführung von „Linda di Chamouni“ betheiligte, erschien in einer der kaiserlichen nahegelegenen Loge eine

sehr elegante Dame, welche als eine fremde, halb orientalische Erscheinung, besonders ihrer eigenthümlich geformten, wie Milliarden Sterne glänzenden Diamant-Ohringe wegen, die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich zog. In einem Zwischenakte verließ sie ihr Gatte; kurz nachher erkante ein leichtes Klopfen an ihrer Logenthür und es trat ein distinguirter aussehender Herr mit dem Grinsen an sie ein, sie möge ihm einen Ohring geben, da die Kaiserin selbst aus einem Moment beisehen möchte, in deren hohem Auftrag er eben erschiene. Die Dame, hierüber angenehm überrascht, willfahrte dieser Bitte, theilte aber diesen Vorfall ihrem bald darauf rückkehrenden Gatten mit. Derselbe jedoch, mißtrauischer als seine Gattin, erkundigte sich bei einem Herrn aus der Suite des Hofes, ob die Sache sich so verhalte, und erfuhr, daß seiner Frau ein Gaunerreich gespielt worden war. Des andern Tages verfuhr er sich zur Polizeibehörde, um die Anzeige hierüber zu machen — während seiner Abwesenheit von dem Hotel, in welchem er wohnte, erschien ein als Beamter der Sicherheitsbehörde sich legitimirender Herr bei seiner Gattin und überreichte ihr ein Schreiben des Polizei-Präsidenten, worin sie aufgefordert wurde, den andern Ohring ihm zur Gleichsetzung der Nachforschung nach dem abhanden gekommenen zu übergeben; die Dame nahm keinen Anstand, dieser Aufforderung Folge zu leisten, und Cartouche II. — aeffern Gentleman, heute Policeman — besah nun ein Paar der seltensten Bende-loques, bis — er allenfalls erkannt wird.

Paris, 13. Febr. [Der Ball des Prinzen Napoleon] erregt hier eine so allgemeine Sensation, daß man wohl noch einmal auf denselben zurückkommen kann. Abgesehen von der Pracht, die der sonst als sehr sparsam bekannte Prinz entwidelt, fiel auch besonders der eigenthümliche Charakter auf, welchen das ganze Fest an sich trug. Die Uniformen und Hofstaat, welche seit dem Staatsstreich nur allein zu den Hofbällen Zulass finden, waren aus dem Palais Royal verbannt, statt der steifen Etiquette, welche in den Zuilorien seit dem Staatsstreich Mode geworden, herrschte Ungelegenheit; die Vertreter des Journalismus, der Literatur, der Wissenschaften und Künste, die in dem kaiserlichen Palaste nur sparsam zugelassen werden, waren in Masse geladen, die Ungarn und Polen, für die sich nur unter der Hand die Thore des kaiserlichen Schlosses öffnen, waren zahlreich anwesend — kurz, es war, als wolle der Prinz andeuten, daß ein früherer Hauch auch in den oberen Regionen wehe. Von dem anscheinend demokratischen Charakter des Festes habe ich bereits gesprochen, auch von der Ungelegenheit, mit der alle Welt auftrat. Der Kaiser sah etwas stark beobachtet aus; er sprach nur wenig und leise; der Prinz Napoleon dagegen schien ganz in seinem Elemente zu sein, machte seine Bonhomies und Bemerkungen ganz laut, und führte auch seine Unterredung mit dem Kaiser so beherzt, daß, wenn ich nicht irre, die Welt ganz interessante Dinge erzählen könnte. Was die Ein- und Ausfälle des Prinzen anbelangt, so sind die meisten nicht schriftmäßig; ich beschränke mich darauf, der Unterredung zu erwähnen, die der Prinz mit den Kennern der Reitschule hatte. Es sind drei, welche sich mit dieser eigenen Sprache beschäftigen, nämlich de Saulcy,

Dr. Oppert und Menaud, Schüler des zweiten. Sie standen gemächlich zusammen, als der Prinz plötzlich an sie herantrat: „Tous les clous (Bezeichnung für Reitschiff) sont ensemble“ — so sagte er zu ihnen. „Oui“, entgegnete de Saulcy, „Mais vous en êtes la tête.“ — „Mais, où en est la queue?“ war des Prinzen Antwort. Alle Umstehenden lachten laut auf, und de Saulcy, in solchen Dingen leicht empfindlich, wurde bis über die Ohren roth. Bei seinen Einladungen verfuhr der Prinz übrigens ebenfalls ganz willkürlich, und schloß hochgestellte Persönlichkeiten (wie z. B. den Marschall Bavaillon), die ihm nicht sympathisch sind, von seinem Feste aus. Wie gesagt, war fast alle Welt in Frack und langen Hosen erschienen, nur Einige hatten kurze Hosen angelegt, so Darimon, der demokratische Deputirte und Mitarbeiter an der „Presse“. Der Prinz Napoleon, der dieses bemerkte, zog deshalb Darimon auf. Dieser erwiderte in seiner gräßlichen Verlegenheit: Prince, c'est pour faire admirer mes mollets, mais zu einem um so größeren Gelächers Anlaß gab, als Darimon spindelbürtige Beine hat. Die finanzielle Welt war auf dem Feste ebenfalls vertreten. Unter den Mitgliedern derselben bemerkte man den Sohn des reichen jüdischen Bankiers Caben d'Anders (Caben aus Antwerpen), der deswegen allgemein auffiel, weil der Malteser-Orden seine Brust schmückte. Spanien ist als so intolerant versichert, jedenfalls scheint es dieses nicht bei der Vertheilung seiner Orden an Ausländer zu sein. Die Akademie war nur sehr spärlich vertreten; der Prinz Napoleon zählt dort noch viel weniger Freunde, als sein Vetter, der Kaiser. Der Reichthum der Damen-Toiletten war enorm; besonders schwer mit Diamanten geschmückt war die Kaiserin, sie trug den „Regent“ in ihren Haaren, was vielfach auffiel. Der Prinz und die Prinzessin Napoleon, welche die ganze Nacht mit ungewöhnlicher Liebenswürdigkeit aufgetreten waren, zogen sich erst am Schlusse des Festes, um 5 Uhr Abg., in ihre Gemächer zurück. Ein Cortillon wurde ebenfalls getanzt; die Fürstin Metternich führte denselben mit einem jungen Grafen an. Man bemerkte, daß sie keine Ohringe mehr trägt. Sie soll finden, es sei — zu weiblich für die jegliche männliche Tracht der Frauen.

[Gerade wie Sie.] Von dem kürzlich verstorbenen Professor der Rechts-wissenschaften Herrn Royer Collard wird folgende Anekdote erzählt: Kurze Zeit vor dem Staatsstreich des 2. December kam der Präsident Louis Napoleon in Begleitung einiger seiner Adjutanten in die Sorbonne und trat in das Hörszimmer, wo Herr Royer Collard gerade aber internationales Recht las. Der Professor ließ sich nicht unterbrechen, fuhr fort, als habe er den Präsidenten nicht erkannt, nur eilte er etwas rasch zum Schluss. Als er geendigt, schritt der Präsident auf ihn zu und fragte nach einigen Höflichkeitssphrasen: „Sie sind wohl der Sohn des berühmten Royer Collard?“ „Um Verzeihung, Herr Präsident“, entgegnete der Professor, „nur der Neffe — gerade wie Sie.“ Louis Napoleon drehte ihm hiernach den Rücken zu und verließ schweigend den Saal.

Mit einer Beilage.



(Fortsetzung.)

städtischer Banknoten ausgegebenen Prämie der Polizei-Commissionen Schmelz nach 30 Tlhr. unabhängig gelassen, und schlug vor, derselbe möge zu der Empfangnahme binnen 4 Wochen heran gebracht werden.

Demnach entstand eine lebhaft Discussion über die Erklärung des Magistrats bezüglich der Erbauung von Stadtgraben längs der äußeren Promenade von der Vorwerkstraße bis zur Brücke an der Klosterstraße und längs der inneren Promenade von der sogenannten Feinischbrücke bis zur Ländchenstation. Nachdem Stadth. Rogge als Referent der Bau-Commission den Antrag (s. Nr. 77 d. B.) beantwortet hatte, gab Oberbürgermeister Hübner die Beschlüsse der Commission bekannt, welche die Ausführung des Projekts ablehnen, da es sich nicht um eine Verbesserung der sanitären Verhältnisse handelt, sondern um eine Verschönerung der Stadt, welche der Magistrat nicht zu übernehmen hat.

Nach Beschlusse der übererwähnten Beschlüsse des Magistrats und der Stadtverordneten, wonach jene Erbauungen nur ein Provisorium sein können. In einer Angelegenheit, die für die Schönheit der Stadt von so bedeutendem Einfluß ist, sollte man ruhig erwägen und entscheiden, ob die Anschaffung oder der weitere Wasserpegel besser sei. Redner glaubt, die Stadtgrabenfrage bedürfe an jener Stelle keiner Erweiterung, die Wiederherstellung des Wasserpegels in der ursprünglichen Breite und die Abfuhr des Schutts ließe sich ohne erhebliche Kosten bewerkstelligen, und der letztere bei der Ausführung des Stadtgrabens an der Schweidnitzer-Brücke event. bis an den Salvatorplatz zweckmäßig verwenden.

Stadth. v. Görlitz beantragte, die Veranlassung solle über den Gegenstand zur Tagesordnung übergehen, und führte weiter aus, die Veranlassung habe dreimal beschlossen, daß an diesem Theile der Wasserpegel erhalten werde; sie gewärtige also, Magistrat werde aus seiner entsprechenden Ansicht gemäß handeln und die Anschaffungen beiseite lassen. Stadth. Dr. Eisner stellte den Zusatzantrag, die Veranlassung gebe zur Tagesordnung über, in der Erwartung, daß dies noch im Laufe dieses Jahres geschehen wird. Stadth. Seberin spricht im Sinne des Commissionsantrages für Beibehaltung der einmal gefassten Beschlüsse; Stadth. Studt meint, es sei in dem vorliegenden Falle nur in der Form gefehlt, die Schuld liege lediglich in dem Gebahren des Technikers.

Es hatten sich ferner als Redner gemeldet die Stadth. Burghardt, Guder und der Referent für, die Stadth. v. Lohow, Dr. Asch u. A. gegen den Commissionsantrag.

Stadth. v. Lohow sagte, bei der früheren Beratung des Gegenstandes erklärte sich fast die ganze Versammlung dafür, daß die Anschaffungen wieder fortgenommen werden. Inzwischen sei aus der Baucommission eine Subcommission hervorgegangen, und Mitglieder, die hier für die Weglassung der Erbauung waren, wollen sich neuerlich von deren Zweckmäßigkeit überzeugen. Nach seiner Ansicht hat die Straße dort ohne die Anschaffung genügende Breite, und ist die Erhaltung des möglichst breiten Wasserpegels durchaus wünschenswert. Was den Kostenpunkt anlangt, so erscheint derselbe gar nicht erheblich, wenn man bedenkt, daß die auf 200,000 Tlhr. veranschlagte Regulierung des Stadtgrabens nicht einmal die Hälfte dieser Summe beanspruchen wird.

Stadth. Dr. Asch beantragte, daß im allgemeinen Interesse die Debatte vertagt werde, damit der Beschluß nicht im Sinne der Commissionsvorlage ausfalle. Nachdem die Versammlung sich mit der Vertagung einverstanden erklärt hatte, fand geheime Sitzung statt. Wie wir nachträglich vernommen, handelte es sich um ein Dankschreiben an den Commerzien-Rath Platau in Berlin für die beiden Maimon-Statuen, welche er der Stadt geschenkt hat. Die Statuenbilder waren heute im Sitzungssaal auf den marmornen Postamenten an der West- der Südwestwand aufgestellt. Schluß der öffentlichen Sitzung 6 1/2 Uhr.

\*\*\* [Ernennung.] Dem in Frankenstein praktizierenden Arzte Herrn Dr. med. Hirschfeld, ist von Sr. Maj. dem Könige der Titel eines Sanitätsrathes verliehen worden.

—bb— [Consum.] Im inneren Steuer-Bezirk der Stadt Breslau wurden im Jahre 1864 überhaupt versteuert:

7,079 Dänen	= 541	
5,003 Rube	= 174	
29,387 Ralber	= 2404	mehr im Vergleich zu 1863.
33,398 Schweine	= 4651	
38,843 Schafvieh	= 2424	

Davon sind auf dem städtischen Schlachthofe im Jahre 1864 geschlachtet:

6,655 Dänen	= 510	
4,327 Rube	= 112	
25,846 Ralber	= 1280	mehr im Vergleich zu 1863.
27,061 Schweine	= 3158	
32,432 Schafvieh	= 2639	

und betrug der für diese Schlachtungen zu entrichten gemeine Schlachthofzins 11,022 Tlhr. 16 Sgr. 6 Pf.

.. [Die varifere Thronrede] ist durch unsere hiesige Telegraphen-Station so ungewöhnlich rasch besorgt worden, daß dieses prompte Verfahren anerkannt werden muß. Das Telegramm ist 1714 Worte stark. Das hiesige Kurnik'sche Bureau erhielt das erste Blatt um 5 Uhr 5 Minuten, das letzte wenige Minuten vor 7. Das Ganze hat also kaum zwei Stunden in Anspruch genommen. 20 Minuten nach 7 Uhr war auch von dem Kurnik'schen Bureau aus Alles expedirt.

# [Der Postanweisungsverkehr] ist noch immer im Steigen begriffen und hatte der ausgezahlte Betrag bis gestern die Höhe von 110,000 Tlhr., 5000 Tlhr. mehr als am 15. Januar erreicht, was um so bemerkenswerther ist, als im Februar sonst die Zahlungen gewöhnlich abzunehmen pflegen.

= [Verkehrsstörung.] Der Zug aus Wien hat in Oberberg den Anschluß nicht erreicht.

7. [Verdeschlittenbahn auf der Oder.] Wider Erwarten haben sich die Schiffer entschlossen, noch eine Verdeschlittenbahn auf der Oder einzurichten. Sie soll von der sog. Holzschiffbrücke an bis nach Pirscham und Schafgastgarten gehen. Das königl. Polizei-Präsidium ist bereits um Genehmigung ersucht worden. Bei der hohen gestörten Schneelage auf der Oder vertritt das schon mehrere Jahre nicht dagewesene Unternehmen dem Publikum großes, wenn auch vielleicht nicht langes Vergnügen. Die Schlitten nehmen ihre Aufstellung in der Wucht an der Holzschiffbrücke. Jeder Schlitten entrichtet für Benutzung der Bahn drei Silbergroschen.

\* [Geselliges.] Dem gefrigen Concert der constitutionellen Ressource im Weiskarten reichte sich eine Theater-Vorstellung an, welche rege Theilnahme und lebhaften Beifall fand. Es wurde das bekannte komische Gemälde aus dem Leben: „Das Fest der Handwerker“ vorgeführt, nicht ohne mehrere Improvisationen und zeitgemäße Anspielungen, wie solche der herrschenden Carnevalsstimmung entsprechen. Was die Aufführung anlangt, so ging dieselbe trefflich von statten. Die besten Scenen und Witze riefen oft stürmischen Applaus hervor. Künftigen Mittwoch fällt das gewöhnliche Ressource-Concert aus, da an diesem Tage das Lokal Hrn. Musik-Director Schön zur Abhaltung seines Benefiz-Concertes überlassen ist.

\*\* [Curiosum.] Ein Kutscher, der gestern mit einem einspännigen Schlitten ohne Schellengeklänge über den Lauenburgerplatz fuhr, entschuldigte sich bei dem dort stationirten Polizeibeamten damit, daß sein Pferd taub und daher das Gekläne nutzlos sei. Trotz dieser naiven Erklärung wurde er zur Bestrafung notirt.

# [Unlücksfall.] Heute in aller Frühe bemerkten Vorübergehende auf der Oble in der Nähe des Christophsplatzes einen leblosen Menschen, der mit der Hand und dem Kopfe aus der Eisfläche herborragte, während sein übriger Körper sich unter derselben befand. Der Todte war über Nacht in eingefroren, daß er förmlich herausgehakt werden mußte, um nach der Wohnung geschafft werden zu können. In dem Verstorbenen ist der Privatsekretär Friedrich Schöder aus Schweidnitz erkannt worden, welcher anscheinend im trunkenen Zustande gestern Abend den rechten Weg verfehlt hat und auf die Oble gerathen ist, wo er auf eine offene Stelle gelangte und trotz der geringen Tiefe sich nicht mehr herausarbeiten konnte.

# [Ein kostbarer Streit.] Am Montag Abend nahmen sich ein Paar Herren eine Droste und geriethen mit deren Führer wegen des Jagdgelbes in Streit. Da sie sich in etwas aufgeregtem Zustande befanden, so gingen sie bald zu Händeln gegen den Kutscher über, der seinerseits Repressalien nahm. Da ihm ein College zu Hilfe kam, so unterlagen die beiden Herren und mukteten mit ziemlich blutigen Köpfen abziehen. Das Ungemachliche bei dem ganzen Vorfall aber war, daß dem einen Herrn bei dem Scandal das Portemonnaie mit etwa 150 Tlhr. in Gold verloren gegangen ist.

\*\* [Aufgefundener Leichnam.] In der Nacht vom 12. zum 13. d. M. wurde zwischen dem zum Breslauer Kreise gehörenden Dörfchen Undrisen und Mönchitz der Lagerarbeiter Anton Georgel aus Mönchitz auf undrisener Territorium leblos — dem Vermuthen nach erstorben — aufgefunden.

[Besitz-Veränderungen.] Durch Kauf: die Erbscholtzei zu Poln.-Schweinitz, Kr. Neumarkt, von Herrn v. Wilamowitz an Gutsbesitzer Jos. Sauer (zur Hälfte); die Erbscholtzei nebst vier Bauergütern zu Rosenau, Kr. Liegnitz, von Lieut. Kober an Rentier Heinrich Tilgner aus Tschirnitz. (Schl. Landw. Ztg.)

Breslau, 16. Febr. [Diebstähle.] Gestohlen wurden: in Neubors-Commanne ein schwarzer Duffelrock, zwei Paar Weinleider von schwarzem Tuch und ein Deckbett; Sonnenstraße Nr. 20 ein Kopfschiff; von dem Neubau des Schulhauses an der Minoriten-Kirche aus untergeschlossener Schirrtammer ein Paar lederne Arbeitsschuhe, drei Mauer-Hämmer, drei große Schlagämmer, zwei Stemmeisen, eine Kelle, ein neues und ein altes Beil, ein Hackschloß, ein Hackschloß und ein messingener Leuchter; Schmiedebrücke Nr. 17 ein weißer mit zwei schwarzen Punkten versehener Billardball.

Verloren wurde: eine Banknote von 25 Thalern.

Angekommen: v. Massow, Oberst und Regiments-Commandeur, aus Posen. (Pol. Bl.)

[Das Resultat der letzten Volkszählung betreffend.] Das königl. Polizeipräsidium macht im hiesigen „Pol. u. Fremdenblatt“ bekannt: Nach den nunmehr hier revidirten und zusammengestellten Urlisten betrug die Civil- und Militär-Bevölkerung der Stadt Breslau am 3. Dez. vorigen Jahres

männliche Personen	82,289
weibliche Personen	82,903
<b>zusammen</b>	<b>165,192</b>

nach der Zählung von 1861 nur 145,589

so daß eine Vermehrung von 19,603 Seelen stattgefunden hat.

Von dieser gesammten Bevölkerung waren:

1861.	1864.
87,183	96,035 Evangelische
47,440	56,410 Katholiken
10,483	11,644 Juden.

Die Civil-Bevölkerung vertheilte sich auf die einzelnen Polizei-Commissariate wie folgt:

	1861	1864
I. Commissariat	12,456	12,351
II. „	15,589	14,777
III. „	10,199	9,357
IV. „	10,569	9,516
V. „	9,961	10,726
VI. „	11,585	11,589
VII. „	12,732	13,576
VIII. „	14,463	19,046
IX. „	17,084	22,715
X. „	13,691	19,226
XI. „	10,445	13,765

4. Görlitz, 16. Febr. [Petition. — Ländliches Gesinde.] Gegenwärtig liegt auf hier eine Petition aus dem Abgeordnetenhaus um Aufhebung der Bestimmung des § 33 der Städteordnung aus, wonach die Wahl der unbesoldeten Stadträthe der Genehmigung der Regierung bedarf. Es ist zu bemerken, daß nicht unsere Stadt derordneter-Versammlung eine solche Petition beschlossen hat, denn ihr vor allen wäre das zugeworfen, aber vermuthlich hat man vorausgesehen, daß der Stadtrath derordneter-Vorsteher nicht geneigt sein würde, die Debatte darüber zuzulassen. — In der General-Versammlung der landwirthschaftlichen Vereine der Oberlausitz ist die Verhandlung über Reform der Gesinde-Gesetzgebung von allgemeinerem Interesse gewesen. Als wesentliche Mängel der gegenwärtigen Gesindeordnung bezeichnete man, daß einmal dem Abschluß des Miethevertrages jede Garantie für die Gültigkeit fehle, und dann, daß die Verpflichtung zur Kündigung des Miethevertrages nicht klar genug ausgedrückt sei. Die vielfachen Mißstände im Gesindewesen, welche durch die Dienstverhältnisse selbst verschuldet sind, und die mit jedem Jahre untraglicher werden, wurden dabei zur Sprache gebracht. Als Abhilfsmittel wurde die Einführung von Lohnbüchern, die als Contract dienen sollten, und von Entlassungsscheinen, die sofort nach erfolgter Kündigung dem Gesinde von der Herrschaft erteilt werden, empfohlen. Der Vorschlag, progressive Lohnzahlung einzuführen, so daß etwa im ersten Vierteljahre 4, im zweiten 6, im dritten 8, im vierten 10 Tlhr. Lohn gezahlt würden, fand lebhaften Widerspruch und fiel auf die Bemerkung eines Bauern-Gutsbesizers, daß dann manche Dienstverhältnisse im Gesinde niemals bis in's dritte Vierteljahr gehalten würden. Diese Angelegenheit soll nochmals vom Ausschusse durchberathen und in einer Denkschrift, die dem Minister v. Seelow zuzusenden sein würde, beleuchtet werden.

3. Neumarkt, 15. Febr. [Zwei Entscheidungen.] Die Anfertigung der Repartitionen über Lehrergehälter, Schul-, Pfarr- und Kirchenbau, welcher sich bisher der königl. Kreislandrath unterzogen, ist eine so mühselige und die Arbeitslast des landrathlichen Bureau's so erheblich steigende, daß darüber die Entscheidung der königl. Regierung eingeholt worden ist, ob überhaupt der königl. Landrath dazu und insbesondere unentgeltlich verpflichtet sei. Die königl. Regierung hat nun in Betreff der Lehrergehälter-Repartitionen schon vor längerer Zeit entschieden, daß die Schulvorstände verpflichtet seien, die zu Repartitionen selbst anzusetzen, daß aber, sofern der Herr Landrath dieserhalb angegangen werde, hierfür die im § 20 des Schulreglements von 1801 gedachte Remuneration von 1 Tlhr. für jede Repartition einziehbar sei. Ebenso sind die Kirchencollegen und Schulvorstände verpflichtet, sich der Aufstellung der Baukosten-Repartitionen zu unterziehen. Wenn aber die zum Entwurf Verpflichteten im Einverständnisse mit den Zahlungspflichtigen privatim sich mit einem Beamten des landrathlichen Bureau's dahin einigen, daß ihnen die Last gegen eine bestimmte Entschädigung abgenommen werde, dem nicht entgegenzusetzen sei.

2. Aus dem Riesengebirge, 15. Febr. [Wetter.] Dem vor einiger Zeit unerwartet schnell eintretenden Schneewetter ist in den letzten drei Tagen der vergangenen Woche ein reichlicher Schneefall und gleichzeitig auch kalte Witterung (20 bis 22 Grad) gefolgt, welche den Tag über die Sonne angenehm mildert. Die im Allgemeinen gute Schlittenbahn wird mader benutzt. Ganze Züge von Schlitten durchkreuzen die Thäler nach den in Menge vorhandenen Vergnügungsorten. Das Hochgebirge wird von großen und kleinen Gesellschaften erstiegen, um dasselbe in seinem Wintergewande kennen zu lernen, und um den Genuß zu haben, auf Hornschlitten in kürzester Frist in das Thal zurückzufahren zu sein. Von der von Hrn. Louis Stangen in Breslau arrangirten Wintervergnügungsfahrt nach den Grenzbauden hat man mit großem Interesse Kenntniß genommen. Dem Anschein nach wird ein vorzügliches Wetter die morgende Reise begünstigen.

1. Schweidnitz, 15. Februar. [Abiturienten-Examen.] Gestern fand unter Vorst. des Provinzial-Schulraths Dr. Scheibert das Abiturienten-Examen bei unserm Gymnasium statt. Von den 8 Oberprimariern, die sich des Examens unterzogen, erhielten 7 das Zeugniß der Reife. Zweien von denselben war das mündliche Examen erlassen worden.

1. Ohlau, 15. Februar. [Patriotischer Verein. — Adresse. — Petition. — Schlittenfahrt.] Gestern fand hier eine Generalversammlung des ohlauer patriotischen Vereines statt, welche namentlich von Bewohnern des Kreises zahlreich besucht war. Es wurde in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit die Unterzeichnung einer Adresse an Se. Majestät den König beschlossen, in welcher der Verein seine Ansicht dahin ausdrückt, daß er seinerseits eine, die Rechte Deutschlands, Preußens und der Herzogthümer sichernde endliche Lösung der holsteinischen Frage nur darin erblickt, daß — wie die gesetzlichen Vertreter Lauenburgs es bereits ausgesprochen haben — alle drei Herzogthümer mit Preußen zu einem untrennbaren Ganzen verbunden und das Scaidial jener deutschen Stämme dem Schutze des erhabenen Hauses der Hohenzollern anvertraut werde. — Gegenwärtig findet eine Petition an die königl. Seebauverwaltung zu Berlin, wegen Wiederaufbau der am 19. April v. J. niedergebrannten großen Oermühle in dem nahen Hiegarthen, sehr zahlreiche Unterzeichnung. Da durch das Aufheben dieses Establishments die gewerblichen, kommerziellen und ökonomischen Interessen der Stadt und des Kreises nicht unerhebliche Nachtheile erlitten haben und eine bedeutende Anzahl Arbeiter-Familien brotlos geworden sind, so wäre der Wiederaufbau und die Wiederinbetriebung der Mühle dringend zu wünschen. Allem Anscheine nach ist aber wenig Hoffnung vorhanden, diesen Wunsch erfüllt zu sehen, da die königl. Seebauverwaltung einen Verlaß des Establishments im gegenwärtigen Zustande, als einen Wiederaufbau desselben beabsichtigen soll. — Soeben findet eine, vom hie-

sigen Offizier-Corps arrangirte Schlittenpartie nach dem eine Meile von hier entfernten Felsch unter zahlreicher Theilnahme statt, wobei, zur großen Belustigung der Jugend, ein als Vorber verkleideter Vorreiter den Zug eröffnete.

[Notizen aus der Provinz.] \* Sagan. Der „Nied. Ztg.“ wird von hier gemeldet: Vor einigen Tagen ist von Breslau der Bescheid hier eingetroffen, daß die Nichtbeurteilung des Rentier Herrn Röbber zum Senator durch die Regierung zu Liegnitz, auch durch den Oberpräsidenten aufrecht erhalten wird. Binnen Kurzem wird die Stadtverordnetenversammlung zu einer neuen Wahl schreiten müssen, da der betreffende Herr gebeten hat, von allen weiteren Schritten seiner Bestätigung wegen abzusehen.

\* Rimpfisch. Der „Landmann“ meldet: In Gublaun belustigte sich vorige Woche ein 34jähriger Knabe (einem Hof-Arbeiter gebürtig) auf dem Giebel des Schloßtheates. Dabei alit er aus und stürzte in eine Wanne, in welcher er sofort verstand. Der Verunglückte konnte erst nach mehreren Stunden aufgefunden werden. Wiederbelebungsversuche waren natürlich vergeblich.

## Handel, Gewerbe und Ackerbau.

† Breslau, 16. Febr. [Börse.] Die Haltung war fest und Course der öfter. Effecten höher. Devisen: Creditaktien 85 1/2 bez., National-Anleihe 70 1/2 bez., 1860er Loose 84 1/2 Gld., Banknoten 89 1/2 bez., Gld. Banknoten, Ober-Schlesische 162 Br., Freiburger 139 1/2 bez., Koel-Deberberger 62 1/2, Oppeln-Larnowitzer 81 1/2 bez., Br., Reife-Brieger 92 Br. Fonds unbeeinträchtigt. Amerikaner Anfangs 56 1/2, dann 53 1/2 in Posten gehandelt.

Breslau, 16. Febr. [Amlicher Produkten-Börsen-Bericht.] Kleesaat, rothe, ruhig, ordinäre 17—19 Tlhr., mittlere 20—21 Tlhr., feine 22 1/2—24 Tlhr., hochfeine 25—26 Tlhr. — Kleesaat, weiße, ohne Aenderungs, ordinäre 13—15 1/2 Tlhr., mittlere 16 1/2—18 1/2 Tlhr., feine 20 1/2—22 1/2 Tlhr., hochfeine 23 1/2—24 1/2 Tlhr.

Roggen (pr. 2000 Pfd.) fest, gel. — Ctr., pr. Februar 31 1/2 Tlhr. Gld., Februar-März 31 1/2 Tlhr. Gld., März-April 31 1/2 Tlhr. Br., April-Mai 32 1/2 Tlhr. Gld. und Br., Mai-Juni 33 Tlhr. Gld., Juni-Juli 34 1/2 Tlhr. Gld. und Br., Juli-August —.

Weizen (pr. 2000 Pfd.) fest, gel. — Ctr., pr. Februar 47 Tlhr. Br.

Gerste (pr. 2000 Pfd.) fest, gel. — Ctr., pr. Februar 31 1/2 Tlhr. Br.

Hafer (pr. 2000 Pfd.) fest, gel. — Ctr., pr. Februar 35 Tlhr. Br., April-

Mai 34 1/2 Tlhr. Br., Mai-Juni 35 1/2 Tlhr. Br.

Raps (pr. 2000 Pfd.) fest, gel. — Ctr., pr. Februar 102 Tlhr. Br.

Rübsöl (pr. 100 Pfd.) geschäftlos, gel. — Ctr., loco 12 1/2 Tlhr. Br.,

pr. Februar 12 1/2 Tlhr. Br., Februar-März und März-April 11 1/2 Tlhr. Br.,

April-Mai 11 1/2 Tlhr. Br., Mai-Juni 12 Tlhr. Br., September-Oktober

11 1/2 Tlhr. Br.

Spiritus wenig verändert, gel. 10,000 Quart, loco 12 1/2 Tlhr. Br.,

12 1/2 Tlhr. Gld., pr. Februar und Februar-März 12 1/2 Tlhr. bez., und

Br., 12 1/2 Tlhr. Gld., März-April 12 1/2 Tlhr. Gld., April-Mai 13 1/2 Tlhr.

bez., und Juni 13 1/2 Tlhr. Gld. und Br., Juni-Juli 13 1/2 Tlhr. Br., Juli-

August 14 Tlhr. Gld., August-September —.

Zink fest, auf leibhabende Preise gehalten. Die Börsen-Commission.

## Berliner Börse vom 15. Februar 1865.

Fonds- und Geld-Course.		Eisenbahn-Stamm-Actien.	
Freiw. Staats-Anl.	102 1/2 G.	Aachen-Düsseld.	3 1/2
Staats-Anl. von 1859	106 bz.	Aachen-Mastich	3 1/2
Staats-Anl. von 1860	97 1/2 bz.	Amsterd.-Rott.	6
Staats-Anl. von 1861	97 1/2 G.	Berg.-Märkische	6 1/2
Staats-Anl. von 1862	102 1/2 bz.	Berlin-Anhalt	8 1/2
Staats-Anl. von 1863	102 1/2 bz.	Berlin-Görlitz	—
Staats-Anl. von 1864	102 1/2 bz.	Berlin-Prior.	—
Staats-Schuldenscheine	91 1/2 bz.	Berlin-Hamburg	6 1/2
Präm.-Anl. von 1855	130 bz.	Berl.-Potsd. Mag.	14
Berliner Stadt-Obli.	102 1/2 B.	Berlin-Stettin	7 1/2
Kur.-u. Neumark.	87 1/2 B.	Böhm.-Westb.	—
Pommersche	87 1/2 B.	Breslau-Freib.	8
Posensche	103 bz.	Coln-Minden	12 1/2
Preussische	103 bz.	Coel.-Oderberg	12 1/2
Schlesische	103 bz.	Coel.-St.-Prior.	—
Sächsische	103 bz.	Coel.-St.-Prior.	—
Westph. u. Rhein.	98 1/2 G.	Coel.-St.-Prior.	—
Schlesische	98 1/2 G.	Coel.-St.-Prior.	—
Schlesische	98 1/2 G.	Coel.-St.-Prior.	—
Goldkronen 2 1/2 G.	Poln. Bkn. —	Coel.-St.-Prior.	—
Ausländische Fonds.		Coel.-St.-Prior.	—
Oesterr. Metalliques	64 1/2 bz.	Coel.-St.-Prior.	—
Nat.-Anl.	70 1/2 bz.	Coel.-St.-Prior.	—
Lott.-Anl. v. 60	84 1/2 bz.	Coel.-St.-Prior.	—
Lott.-Anl. v. 61	84 1/2 bz.	Coel.-St.-Prior.	—
Lott.-Anl. v. 62	84 1/2 bz.	Coel.-St.-Prior.	—
Lott.-Anl. v. 63	84 1/2 bz.	Coel.-St.-Prior.	—
Lott.-Anl. v. 64	84 1/2 bz.	Coel.-St.-Prior.	—
Lott.-Anl. v. 65	84 1/2 bz.	Coel.-St.-Prior.	—
Lott.-Anl. v. 66	84 1/2 bz.	Coel.-St.-Prior.	—
Lott.-Anl. v. 67	84 1/2 bz.	Coel.-St.-Prior.	—
Lott.-Anl. v. 68	84 1/2 bz.	Coel.-St.-Prior.	—
Lott.-Anl. v. 69	84 1/2 bz.	Coel.-St.-Prior.	—
Lott.-Anl. v. 70	84 1/2 bz.	Coel.-St.-Prior.	—
Lott.-Anl. v. 71	84 1/2 bz.	Coel.-St.-Prior.	—
Lott.-Anl. v. 72	84 1/2 bz.	Coel.-St.-Prior.	—
Lott.-Anl. v. 73	84 1/2 bz.	Coel.-St.-Prior.	—
Lott.-Anl. v. 74	84 1/2 bz.	Coel.-St.-Prior.	—
Lott.-Anl. v. 75	84 1/2 bz.	Coel.-St.-Prior.	—
Lott.-Anl. v. 76	84 1/2 bz.	Coel.-St.-Prior.	—
Lott.-Anl. v. 77	84 1/2 bz.	Coel.-St.-Prior.	—
Lott.-Anl. v. 78	84 1/2 bz.	Coel.-St.-Prior.	—
Lott.-Anl. v. 79	84 1/2 bz.	Coel.-St.-Prior.	—
Lott.-Anl. v. 80	84 1/2 bz.	Coel.-St.-Prior.	—
Lott.-Anl. v. 81	84 1/2 bz.	Coel.-St.-Prior.	—
Lott.-Anl. v. 82	84 1/2 bz.	Coel.-St.-Prior.	—
Lott.-Anl. v. 83	84 1/2 bz.	Coel.-St.-Prior.	—
Lott.-Anl. v. 84	84 1/2 bz.	Coel.-St.-Prior.	—
Lott.-Anl. v. 85	84 1/2 bz.	Coel.-St.-Prior.	—
Lott.-Anl. v. 86	84 1/2 bz.	Coel.-St.-Prior.	—
Lott.-Anl. v. 87	84 1/2 bz.	Coel.-St.-Prior.	—
Lott.-Anl. v. 88	84 1/2 bz.	Coel.-St.-Prior.	—
Lott.-Anl. v. 89	84 1/2 bz.	Coel.-St.-Prior.	—
Lott.-Anl. v. 90	84 1/2 bz.	Coel.-St.-Prior.	—
Lott.-Anl. v. 91	84 1/2 bz.	Coel.-St.-Prior.	—
Lott.-Anl. v. 92	84 1/2 bz.	Coel.-St.-Prior.	—
Lott.-Anl. v. 93	84 1/2 bz.	Coel.-St.-Prior.	—
Lott.-Anl. v. 94	84 1/2 bz.	Coel.-St.-Prior.	—
Lott.-Anl. v. 95	84 1/2 bz.	Coel.-St.-Prior.	—
Lott.-Anl. v. 96	84 1/2 bz.	Coel.-St.-Prior.	—
Lott.-Anl. v. 97	84 1/2 bz.	Coel.-St.-Prior.	—
Lott.-Anl. v. 98	84 1/2 bz.	Coel.-St.-Prior.	—
Lott.-Anl. v. 99	84 1/2 bz.	Coel.-St.-Prior.	—
Lott.-Anl. v. 100	84 1/2 bz.	Coel.-St.-Prior.	—

Bank- und Industrie-Papiere.	
Berl. Kassen-V.	51 1/2
Braunschw. B.	4
Bremer Bank.	5
Danziger Bank.	6
Darmst. Zettelb.	9
Deutscher Bank.	7 1/2
Hannoversche B.	5 1/2
Hamb. Nordb. B.	6
Königsberger B.	5 1/2
Luxemburger B.	10
Magdeburger B.	4 1/2
Posener Bank.	5 1/2
Preuss. Bank-A.	7 1/2
Thüringer Bank.	3
Weimar	5
Berl. Hand.-Ges.	9



Hauspänner welche entwenden, sondern 3 in der Ober schwimmende Hauspänner aufgefunden und diese allerdings in seinen Rahn gebracht. Der Zeuge D. habe den ihm zur Last gelegten Diebstahl selbst begangen, ja sogar sich dessen bekennt. — Der von Fr. über die seine neuen Behauptungen vorangeführte Beweis wurde jedoch in 11. Instanz nicht erhoben, vielmehr auf das wiederholte eides Zeugnis des Janaz D. zurückgegangen und auf Grund dessen das Urteil 1. Instanz lediglich bestätigt. Fr. mußte hiernach die gegen ihn erkannte 6monat. Gefängnisstrafe abbüßen.

Das von Janaz D. in jener Unteruchungssache wider Fr. eidlich abgelegene Zeugnis soll nun ein wissenschaftliches gewesen sein und steht D. deshalb unter der Anklage des wissenschaftlichen Meineides vor den Geschworenen. Der von ihm beschworenen Aussage stehen nämlich folgende Momente entgegen:

Der Steuermann des vom Angeklagten des Diebstahls beschuldigten Fr. hat nämlich eidlich bezeugt, daß sein Dienstherr Fr. nur ein einziges Mal von seinem auf der Ober liegen Rahn an das Land und in den tschechischer Wald gegangen und von da ohne Holz zurückgekehrt sei; dagegen habe er einmal ein Paar auf der Ober schwimmende Hauspänner aufgefunden und in seinen Rahn gebracht. Ferner hat der oben genannte Waldwärter Bunte bezeugt, daß er einen Diebstahl an Hauspännern — und eines solchen hat der Angekl. den Fr. in seiner eidlichen Aussage bezeugt — gar nicht bemerkt habe, sondern nur einen Diebstahl an Kasterholz, als dessen Entwerder der Angekl. den Fr. ihm bezeichnet habe.

Außer diesen den früheren eidlichen Aussagen des Angekl. ganz widersprechenden Angaben der vorgenannten beiden Zeugen soll nach der Anklage namentlich folgender Umstand noch gegen den Angekl. belastend ins Gewicht fallen: Durch die eidliche Aussage eines Schiffers ist festgestellt worden, daß der Angeklagte zur Nachmittagszeit 1863 erzählt habe: „Fr. sei an jenem Diebstahl ganz unschuldig; die Täter seien er und der Schiffer Sp. gewesen. Wenn er gewußt hätte, daß Bunte Anzeige machen würde, hätte er ihm eine solche Mitteilung nicht gemacht; er habe dadurch nur verhindern wollen, daß die Schiffe revidiert würden.“ Zu dieser Selbstbeschuldigung des Angekl. Anders gegenüber tritt, daß durch fernere 2 Zeugen bezeugt worden ist, daß sie auf dem Schiffe des Sp., mit dem zusammen der Angekl. das Holz gefloßen zu haben erklärt hatte, noch ganz frisch, nach der Stärke des Schnittes aus Kasterholz bestehendes Eichenholz gefloßen hätten. Der Angekl. stellte alles dies, namentlich auch die ihm selbst bezeugenden Aeußerungen in Abrede, es wurde jedoch auf Grund der in der Voruntersuchung vernommenen Zeugen die Anklage erhoben.

In der heutigen mündlichen Verhandlung vor den Geschworenen gestaltete sich die Sache wesentlich anders. Während die Belastungszeugen ihre Aussagen in der Voruntersuchung bis in die kleinsten Details mit Präcision und Bestimmtheit abgegeben hatten, mußten sie heute bei vielen an sie gestellten Fragen eingestehen, daß sie doch bei der Länge der vergangenen Zeit sich auf die Einzelheiten nicht mehr ganz genau zu befinden vermöchten. Die Aussage der Zeugen aber in dem mündlichen Verfahren bildet die Hauptgrundlage, auf welche die Geschworenen ihren Spruch bauen. Auf die vielfach unbestimmten Aussagen der Belastungszeugen aber konnten sie dem Antrag der Staatsanwaltschaft auf Aussprechen des Schuldis über den Angeklagten nicht beitreten, sie erklärten ihn vielmehr dem Antrage der Verteidigung gemäß für nichtschuldig, worauf die Freisprechung des Angeklagten erfolgte.

### Vorträge und Vereine.

**Breslau, 16. Februar.** [Handwerker-Verein.] Der gestrige Vereinsabend war der Besprechung derjenigen Frage gewidmet, welche 3. J. die Kreise nicht nur der Arbeiter beschäftigt, und leider hin und wieder nicht zu ihrem Vortheil spaltet, der Arbeiter-Coalitionsfrage. Um so erfreulicher war die Uebereinstimmung, welche sich bei allen einzelnen Schattierungen der Ansichten im großen Ganzen aussprach. Den einleitenden Vortrag hatte Redacteur Th. Delsner übernommen. Er begann mit einer kurzen Hinweisung auf die Bedenken und Verfolgungen, deren Gegenstand die früheren „Verbindungen“, 3. B. der Studenten etc., gewesen seien. Eben so sei es mit den Arbeiter-Verbindungen, die mit dem aus dem französischen entlehnten Ausdruck „Coalitionen“ bezeichnet werden, und zu deren Freigebung die jetzige Bewegung begonnen sei. Man verlange die Aufhebung der Paragraphen der Gewerbeordnung, die deren Bestrafung anordnen. Paragraph 183, der die Vereinigung der Arbeiter zu jederlei Zwecken bestraft, sei bereits aufgehoben durch Verfassung und Vereinsgesetz, und darum würde dessen nochmalige Aufhebung beabsichtigt sein, weil sie die andern verfassungsmäßigen Rechte des Volkes als nicht zweifellos gewahrt darstellen ließe, wie Schulers Deliktisch ausgeführt. § 184 dagegen, der, gegen ArbeitsEinstellung Einzelner gerichtet, eigentlich gar nicht hierher gehöre, könne nichts desto weniger aufgehoben werden, weil er ein rein privatisches und contractlich festzustellendes Verhältnis von Arbeitern und Arbeitgebern betreffe, das auf diesem Wege besser zu regeln sei, als durch Strafgesetze. Das Verfahren der Berliner Arbeiter in der viel besprochenen Veranlassung sei höchlich zu bedauern, da das Volk seinen Abgeordneten, die es selbst wiederholt mit gewählt habe, für die Vertretung der allgemeinen und ersten Grundlagen der in Frage gestellten Verfassung und bürgerlichen Freiheit Dank schulde. „Unbegreiflich“ sei dem Redner die Verschuldung, die liberalen Abgeordneten hätten, „die Arbeiter belügen“; ein Beispiel oder Beweis sei nicht eingebracht; es seien im Gegentheil derartige Verleumdungen gegen Reichensheim vom Minister zurückgewiesen. — Vereinsmitglied Cohn fährt an, daß es eigentlich einer weiteren Auseinandersetzung des Rechtes der Arbeiter auf Gewährung der Coalitionsfreiheit hier nicht bedürfe, da es von keiner Seite bestritten werde. Doch wolle er darauf hinweisen, daß Politit, Humanität und gesunde National-Oeconomie dessen Gewährung verlangen. Für das Gebiet der ersten sei die Gleichberechtigung der Staatsbürger aller Stände nothwendige Forderung, und diese werde national-oconomisch auch die gefährlichsten Nachteile drohender ArbeitsEinstellung zwischen Arbeiter und Arbeitgeber ausgleichen und den ersten überlegen, daß „unzweckmäßige Benutzung“ des erlangten Rechtes der Coalition zum Behufe der ArbeitsEinstellung ihr eigener Schade sei. — Dr. Eger bedauerte, daß das Vereinsgesetz ihm gleich Hrn. Th. Delsner ein weiteres Eingehen auf die sehr wichtige und wesentliche politische Seite der Frage nicht gestattet, doch wies sowohl er, als mehrere andere Redner, u. A. Niel, wiederholt und nachdrücklich darauf hin, daß sich der Arbeiter nicht von denen mißbrauchen lassen solle, die bisher niemals sich um ihre Rechte gekümmert, die ihnen im Gewerbegesetz von 1849 auf das Verlangen eines Theils nach Regelung der Arbeit durch den Staat neue Schranken aufgelegt, und nun mit einmal unter dem Vorwand, daß sie weiter gehen wollten, als die wegen ihrer halbseitig angegriffene Fortschrittspartei und nicht genug Freiheit für die Arbeiter haben könnten, die Anträge der Fortschrittspartei an eine Commission verworfen wollen, wie Wagener, und mit Casselle auf Staatsbühne spekulieren. Vereinsmitglied Haynte (Instrumentenbauer) bedauerte, daß die Arbeiter Berlins sich ein solches Armutzeugnis gegeben haben, so gegen die Abgeordneten aufzutreten, kam dann auf die Gewerbegesetz, besonders die nach der Gewerbeordnung bestehenden Prüfungsgebühren, deren Kosten für bedeutend und drückend für die Handwerker seien. Er verlangte schließlich eine Petition um deren Aufhebung. Diese Angelegenheit wurde als bindevend wichtig anerkannt, aber als nicht zur Tagesordnung gehörig, für eine spätere Debatte vorbehalten. Vereinsmitglied Scheil meinte, daß die qu. Arbeiterversammlung in Berlin schwerlich aus Arbeitern bestanden haben möge, und hebt, nach einer Auslassung über die Verhältnisse eines Theils der Arbeiterbevölkerung, die Verdienste Schulz's Deliktisch um Bildung und Besserung dieser Zustände nachdrücklich hervor. Erst Bildung lasse solche Rechte überhaupt verstehen und benützen. Literat Krause bedauerte gleichfalls, daß es ihm nicht gestattet sei, hier eigentlich politische Feld zu betreten, da er aus der Entwicklung und Natur der Fortschrittspartei, sonst zeigen würde, welche Gründe den Arbeitern wenigstens eine Scheinberechtigung zu ihren Angriffen gegeben hätten, und spricht sich dann nach Waldes dafür aus, daß auf die Aufhebung des Rechtes der Arbeiter am empfindlichsten feindlichen § 183 der Gewerbeordnung ausdrücklich beschließen, oder vom Abgeordnetenhaus doch in einer Resolution ausgesprochen würde, daß sie diesen § schon durch die Verfassung als be-

tigt ansehe, und nur darum nicht nochmals dessen Aufhebung verlange. In der Verfassung seien leider noch viele Rechte gewährt, die von anderweitigen Gesetzen mehr als in Frage gestellt werden. Es folgten nun noch einige Nachträge, Berichtigungen und persönliche Bemerkungen einzelner Sprecher, aus denen wir nur hervorheben, daß geäußert wurde, welche Gefahr die Vereinigung der Staatsgewalt in die Arbeiterverhältnisse für die gesamte bürgerliche Freiheit habe. Leider gestattet uns der Raum nur diesen summarischen Bericht über eine der interessantesten und bildendsten Debatten, die bisher im Verein stattgefunden haben, und welche u. a. auch davon Zeugnis ablegt, welchen Einfluß der Unterricht in deutschen Stil- und Sprachübungen auf die Betheiligten durch Erwerbung von Selbstvertrauen und Gewandtheit im Ausdruck geübt haben.

\* Von dem Vorstande des Central-Vereins Arend'scher Stenographen zu Berlin wird uns folgendes zur Verichtigung einiger Angaben des letzten Berichtes über die Veranlassung Stolz'scher Stenographen zu Breslau eingeleitet: „Sitzung des Central-Vereins Arend'scher Stenographen vom 7. Febr. 1865. Nach einigen geschäftlichen Mittheilungen von Seiten des Vorstehenden wird über das vom Magistrat hiesiger Hauptstadt veranlaßte Wettstreiten zwischen Vertretern des Arend'schen und Stolz'schen Systems Bericht erstattet. Die Resultate desselben stellen sich der Art, daß die Mittheilungen des stenographischen Vereins entschiedene Widerlegung finden. Nur zweifellosen Beweisführung verliert der Vorstehende eine direkte Aufschrift des Herrn Oberbürgermeisters Seidel vom 25. Januar d. J., welche darthut, daß den Beamten des Magistrats in Bezug auf die Erlernung der Stenographie völlig freie Wahl des Systems überlassen, keineswegs aber von amtlicher Seite eine Entscheidung über die Vorzüge des einen oder anderen Schriftsystems getroffen sei. — Zur Vervollständigung des Vorstehenden fügen wir als Faktum die Mitteilung hinzu, daß sich die bei Weitem größere Majorität der Beamten für Erlernung der Arend'schen Stenographie entschieden und den Curfus bereits begonnen hat.“

Verst. Der Kreisgerichtsrath Hübler zu Münsterberg als Kreisgerichts-Director an das Kreisgericht zu Kofel. Der Kreisgerichtsrath Delius zu Frankenstein als Kreisgerichtsrath und zugleich als Abtheilungs-Dirigent an das Kreisgericht zu Münsterberg. Der Gerichts-Assessor Franz Bauer zu Breslau an die Gerichts-Commission zu Ratibor im Bezirke des Appellationsgerichts zu Ratibor. Der Referendar Gustav Wiesner zu Breslau an das Kreisgericht zu Dortmund im Bezirke des Appellationsgerichts zu Hamm.

### Telegraphische Depeschen.

**Berlin, 16. Febr.** Heute begannen in der Budgetcommission des Abgeordnetenhauses die für den allgemeinen Bericht über den Staatshaushaltsetat für 1865 bestellten Referenten (Forckenbeck, Hoyerbeck, Reichenheim, Michaelis, Twesten) ihren Vortrag. Der von denselben gestellte Antrag lautet:

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen, der Staatsregierung zu erklären:

1) In dem vorgelegten Staatshaushalts-Stat ist eine richtige Vertheilung der Staatsausgaben nicht zu erkennen; 2) der Militäretat bedarf einer wesentlichen Umgestaltung und Ermäßigung; 3) für productive Zwecke, Strom-Negirungen, Wegebauten, Landesameliorationen, für Unterricht und Wissenschaft, desgl. für Verbesserung der Gehälter der Lehrer, der Subaltern und Unterbeamten sind größere Summen, wie bisher, zu verwenden. 4) Der gegenwärtige Zeitpunkt ist geeignet, eine Reform und Ermäßigung drückender oder zweckwidrig angelegter Staatslasten, namentlich die Herabsetzung der Gerichtskosten und des Briefpostos und die Aufhebung des Salzmonopols in Angriff zu nehmen. 5) Die Gebäudensteuer ist unter Ueberlassung des Ueberschusses an die Gemeinden auf den ursprünglich veranschlagten Betrag von 2,443,260 Thaler jährlich festzustellen. 6) Es ist eine gesetzliche Umwandlung der Klassen- und Einkommensteuer dahin vorzunehmen, daß die Anzahl von Monatsraten, welche zur Deckung des Bedarfs zu erheben sind, innerhalb des gesetzlichen Maximums von 12 Monatsraten jährlich durch das Budget festgestellt wird. (Wolff's L. B.)

**Berlin, 16. Febr.** Die Gemeindecemission des Abgeordnetenhauses beschloß die Aufhebung des Paragraph 33 der Städteordnung, betreffend das Bestätigungsrecht der Regierung für die Wahl der Magistratsbeamten zu beantragen. (Wolff's L. B.)

**Berlin, 16. Febr.** Die „Zeidler'sche Correspondenz“ sagt: Die Vorschläge der Ressortminister über die preussischen Forderungen, betreffend das Verhältnis der Herzogthümer zu Preußen, sind zunächst den Beratungen des Gesamtministeriums zu unterziehen und der Genehmigung des Königs anheimzustellen. Da die Berücksichtigung der Wünsche der Bevölkerung Grundsat der preussischen Regierung ist, so ist es nicht unmöglich, daß die Notaben in den Herzogthümern über die betreffende Frage zu Rathe gezogen werden. — Di. „Krenzzeitung“ meldet: Heute Mittag hat eine Beratung des Staatsministeriums stattgefunden; Gegenstand der Beratung dürfte die schleswig-holsteinische Angelegenheit gewesen sein. (Wolff's L. B.)

**München, 16. Febr.** Die „Bairische Zeitung“ sagt: Die Behauptung der „Krenzztg.“, Herr v. d. Pfordten habe sich auf das Bestimmteste verbeten, mit Herrn v. Benst auf eine Linie des politischen Strebens und Handelns gestellt zu werden, ist völlig unrichtig. Zwischen Baiern und der sächsischen Regierung besteht grade jetzt die vollständigste Uebereinstimmung in den Ansichten, Ueberzeugungen und Bestrebungen, woraus rechtzeitig auch eine Gemeinschaft des Handelns hervorgehen wird. Niemand kann vollständiger und aufrechter das große Verdienst des Herrn v. Benst anerkennen, als Herr v. d. Pfordten. Es läßt sich begreifen, daß das innige Verhältniß zwischen Sachsen und Baiern nicht überall augenwehrt ist, aber der vorliegende Versuch, dasselbe zu fördern, war zu plump, um zu gelingen. (Wolff's L. B.)

**Wien, 16. Febr.** Abends. Ein Decret Victor Emmanuel's bestätigt die Verfündigung der Encyclica und des Syllabus von der Kanzel, jedoch mit der Erinnerung an den Clerus, seine Pflichten gegen die Verfassung und die Gesetze nicht außer Acht zu lassen. (Wolff's L. B.)

**Paris, 16. Febr.** Das Gelbbuch enthält die letzte Depesche in der Herzogthümerfrage vom 30. Decbr. 1864; sie drückt den Wunsch aus, daß die Schwierigkeiten sich regeln mögen unter Rücksichtnahme der Wünsche des dänischen Theils am Herzogthum Schleswig.

Die letzte italienische Depesche vom 15. Novbr. (bereits bekannt) über die Interpretationen der September-Convention, die Depesche Drouyn de Lhuys' an Sartiges vom 27. December, constatirend die Inopportunität der Encyclica; die Principien der modernen Gesellschaft verdammend, erschwere der Encyclica die für das Interesse des Papstthums übernommene Aufgabe Frankreichs.

Ferner die Depesche Drouyn's an Sartiges vom 7. Jan., um den päpstlichen Stuhl über den Erlass des Justizministers wegen der Encyclica zu informieren.

Eine Depesche Drouyn's vom 8. Februar drückt die peinliche Ueberraschung aus, welche durch die Briefe des Nuntius

an die Bischöfe von Orleans und Poitiers hervorgerufen wurde. Der Nuntius habe seine Obliegenheiten überschritten, als Vertreter einer fremden Macht verlege er seine ersten Pflichten, indem er zum Widerstande gegen die Gesetze des Landes, wo er residire, aufmuntere und die Regierungshandlungen kritisiere.

Er hofft, die römische Curie werde die Erneuerung ähnlicher Verirrungen, welche die kaiserliche Regierung nicht zu dulden entschlossen sei, verhindern. Eine Depesche Drouyn's an Moustier vom 6. Januar constatirt die von der Pforte übernommene Verpflichtung, den Status quo der Regentenschaft von Tunis zu achten. (Wolff's L. B.)

### Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

**Berliner Börse** vom 16. Febr., Nachm. 2 Uhr. (Angel. 5 Uhr — M.) Böhmische Westbahn 73. Breslau-Freiburg 139½. Briege-Reiße 92½. Kofel-Oderberg 61½. Galizier 101½. Mainz-Admiasch 131½. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 77½. Oberschlesische Litt. A 161½. Oesterr. Staatsbahn 119½. Oppeln-Tarnowitz 81. Lombarden 147½. Spro. Preussische Anleihe 106. Staats-Schuldcheine 91½. National-Anleihe 70½. 1860er Loose 84½. 1864er Loose 52½. Silber-Anleihe 74½. Italienische Anleihe 65½. B. Oesterr. Banknoten 89½. Russ. Banknoten 79½. Amerikaner 53½. Russische Prämien-Anl. 84½. Darmst. Credit 93½. Disconto-Commanbit 04. Genfer Credit-Anl. 43½. Oesterr. Credit-Anl. 84½. Schlesischer Bank-Verein 109. Hamburg 2 Monate 152½. London 6, 22. Wien 2 Monate 88½. Warchau 8 Tage 78½. Paris 80½. Fest.

**Wien, 16. Febr.** [Anfangs-Course.] National-Anleihe 79, 50. Credit-Anl. 190, 50. London 112, 75. 1860er Loose 94, 70. 1864er Loose 84, 25. Silber-Anleihe 84, 20. Galizier 228, —.

**Berlin, 16. Febr.** Roggen: flau. Febr. 34½, Febr.-März 33½, April-Mai 33½, Mai-Juni 34½. — Rüböl: unbedändert. Febr. 11½, April-Mai 11½. — Spiritus: gedrückt. Febr. 13½, Febr.-März 13½, April-Mai 13½, Mai-Juni 13½.

**London, 15. Februar.** Getreidemarkt (Schlußbericht). Feste Haltung zu unbedänderten Preisen. — Schönes Wetter.

**Amsterdam, 15. Februar.** Getreidemarkt (Schlußbericht). Weizen unbedändert und geschäftlos. Roggen pr. Frühjahr fest, pr. Herbst etwas flauer, sonst stille. Raps Frühjahr 69 Br., Herbst 69. Rüböl Frühjahr 38½, Herbst 38½.

### Inserate.

**Liebich's Lokal.** Hiermit wollen wir nicht unterlassen, auf eine neue Gesellschaft aufmerksam zu machen, die Hr. Ollendorff engagirt hat. — Es ist dies die Gymnastik- und Bantomimen-Gesellschaft Ette, welche Sonntag den 19. Februar mit ihren Vorstellungen beginnt. Dieselbe aus circa 20 Personen bestehend, wird außer equilibristischen Leistungen, icaischen Spielen etc. auch lebende Bilder zur Aufführung bringen, durch welche sie das Publikum eben so zu befriedigen hofft, als die mündlichen Vorstellungen im Kappo-Theater zu Berlin. — Von den Mitgliedern der Gesellschaft, wovon jedes Einzelne ein Künstler ist, sind noch besonders zu erwähnen: Euphrosine, das 4jähr. Kautschuk-Kind, genannt die Schlange der Wüste, und der Turner-König und Luft-Artist Bernhard Bergerino, aus dem Krystallpalast in London engagirt. — Aus Vorstehendem wird Jeder ersehen haben, daß Hr. Ette weber Mühe noch Kosten scheut, dem kunstliebenden Publikum durch die Vorstellungen seiner Gesellschaft einige recht angenehme und unterhaltende Abendstunden zu bereiten und hofft er durch recht zahlreichen Besuch dies anerkannt und belohnt zu sehen. Mehrere Kunstfreunde. [1700]

Es wäre doch sehr erwünscht, daß Hr. Pianist Franz Bendel nach dem großartigen Erfolge, welchen derselbe im letzten Orchester-Vereins-Concert erreicht, ein anderes selbstständiges Concert hier veranstaltete.

Mehrere Musikfreunde. [1695]

Gestern wurde ausgegeben: [1681]

**Schles. Landw. Zeitung, VI. Jahrg., Nr. 7.**

Redigirt von Wilh. Janke. Verlag von Eduard Trewendt in Breslau. Inhalt: Der schlesische Central-Verein und die centralisirten Vereine. — Die heutige Landwirtschaft und ihre nächste Zukunft. — Die Umkehr von der Spiritusbsteuerung zu der Malthesteuer in Oesterreich. — Zwei neue Berliner Drills. — Ausflüge der Bienen im Winter. — Feuilleton. Wetterpropheten in der Natur. — Auswärtige Berichte. — Vereinswesen. — Stettiner Ausstellung. — Besitzveränderungen. — Wochenkalender. — Amtliche Marktpreise. — Landwirtschaftlicher Anzeiger Nr. 7. Inhalt: Verzeichniß der zur Ausstellung in Leipzig am 7. und 8. März angemeldeten Schaffstämme. (Schluß) — Anzeigen.

**Wöchentlich 1½ Bogen. — Vierteljährlicher Pränumerationspreis 1 Thlr., durch die Post bezogen incl. Porto und Stempel 1 Thlr. 1 Sgr. — Inserate werden in der Expedition der Breslauer Zeitung, Herrenstraße Nr. 20, angenommen.**

Breslau. Verlagsbuchhandlung Eduard Trewendt. [251]

### Landwirthschafts-Beamte

aller Branchen und Altersklassen, namentlich auch verheirathete, durch die Kreis-Vorstände des schlesischen Vereins zur Unterstützung von Landwirthschafts-Beamten als zuverlässig empfohlen, werden unentgeltlich nachgewiesen durch das Vereins-Bureau, Breslau, Grünstraße 5, 2 Tr. (Hend. Oldener.)

### Aufträge zu Eintragungen

für das zweite Heft, Jahrgang 1865, [1354]

**Stammzuchtbuch deutscher Buchtheerden**

werden bis zum 6. März erbeten.

Verlagsbuchhandlung Eduard Trewendt.

Die patentirten amerikanischen

**Nähmaschinen**

von

**Wheeler & Wilson**

in

**New-York,**

besonders geeignet und unübertroffen

zum Familiengebrauch, sowie solche

für Schneider, Schuhmacher,

Kürschner etc. empfiehlt die Haupt-

Niederlage von

**C. Neumann,**

Karlstraße 3.

Die Maschinen nähren den durch seine

Schönheit, Elasticität und besonders Dauerhaftigkeit ausgezeichneten

Doppelstich (nicht zu verwechseln mit dem aufziehbaren Ket-

stich), und sind ebenso Vorrichtungen zum Einfäßen, Säumen in

div. Breiten, zur Fertigung von Kappnäthen ohne Verbiegung,

Soutache- und Bandaufnäthen, Schnurennäthen, Wattieren, Fal-

tenziehen und Kräuseln vorhanden. [1688]

Preis: Courante, Probenäthe etc., sowie jede Auskunft wird gern

ertheilt.

Die Anfertigung von Ausstattungen, Oberhemden, unter Garantie

des Gutes, sowie jeder Art Näherei für die Maschine, wird ange-

nommen und prompt ausgeführt. [1682]

**Wiener Stuhl Kluge u. fr. Piano's,**

neuester Construction, mit Eisenplatten und Eisenpreizen, unter

Garantie, in der

Permanenten Industrie-Ausstellung, Ring 15.

Ratenzahlungen genehmigt.







Grah, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.